

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf,
Corneystraße 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind
am liebsten an den betr. Bezirksvorständen einzufenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— Mrk. Expedition und Druck von
Joh. van Allen in Krefeld, Luth. Kirchstraße 66.
Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 16

Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf.

Düsseldorf, den 20. April 1907.

Fernsprech-Nummer 4423.

9. Jahrgang.

Ein Fortschritt in der Verhandlungsfrage.

Bekanntlich folgt in unserer „gemäßigten Zone“ das Licht nicht unmittelbar der Finsternis, der Tag nicht unmittelbar der Nacht. Vielmehr bedarf es einer gewissen Zeit, ehe die Sonne die ihr entgegenstehenden Hindernisse überwunden hat und ihre erwarmentenden und belebenden Strahlen der Mutter Erde übermitteln kann. Diese Zeit des Überganges von der Nacht zum Tage bezeichnen wir als Dämmerung.

Als Dämmerzeit kann man auch wohl das gegenwärtige Stadium im Verhalten der deutschen Arbeitgeber gegenüber ihren Arbeitern resp. gegenüber den Arbeiterorganisationen ansehen. Mancherorts ist es schon merklich heller geworden in den Köpfen der Arbeitgeber und sie haben erkannt, daß ein verständnisvolles Eingehen auf die Wünsche der Arbeiter und ein friedliches Verhandeln auch für die Arbeitgeber weit vorteilhafter ist als der krasse Herr-im-Haule-Standpunkt. Aber leider verteidigen auch noch viele Arbeitgeber mit zäherster Hartnäckigkeit den veralteten Fabrikfeudalismus gegenüber dem konstitutionellen Verhandlungsstandpunkt.

Diese Arbeitgeber wollen eben „Herr im Hause“ sein. Es sei hier nochmals darauf hingewiesen, daß die Arbeiter gar nicht daran denken, sich die Herrschaft über das „Haus des Herrn“, die Fabrik oder die Werkstatt, anzumachen. Die Bestrebungen der Arbeiter, die unter dem Schlagwort vom „Herrn im Hause“ bekämpft werden, gehen einfach dahin, daß der Arbeiter mitreden will bei den Verhandlungen, unter denen er arbeitet. Er will mitbestimmen über den Lohn, den er erhält, er will einen Einfluß haben auf die Abstellung von Mängeln im Betriebe u. s. w.

Theoretisch hat der Arbeiter alle diese Rechte schon heute. Die Gewerbeordnung gewährt sie ihm ausnahmslos. Die Gesetzgebung gibt dem Arbeiter das Recht, mitzureden über den Lohn, den er erhält; das ist sogar sein Menschenrecht. Er kann ferner sich dagegen verweigern, wenn die Arbeit unter gesundheitschädlichen oder gefährlichen Verhältnissen erfolgen soll; das ist ein Recht, das von der Moral in hohem Grade unterstützt wird.

Die Gesetzgebung garantiert dem Arbeiter also diese Rechte. Eine große Anzahl der Unternehmer aber vermeint in der Praxis diese Rechte des Arbeiters, weil der Arbeiter der Schwächere ist. Es ist daher nur eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn gewisse Arbeitgeber es als Preisgabe ihrer Herrschaftsrechte bezeichnen, mit ihren Arbeitern oder den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln. Mehr zurück scheint sich aber selbst im Lager der industriellen Kraft- und Uebermenschen ein Stimmungswandel zu vollziehen.

Die durch ihren Scharfmacherstandpunkt unruhig bekannte „Arbeitgeberzeitung“ bringt in ihrer Nr. 14 vom 7. April einen Artikel, der dem Verhandeln mit den Arbeitern und — unter gewissen Umständen, auch mit den Arbeitervertretern das Wort redet.

Wir sehen in dem Artikel der „Arbeitgeberzeitung“ einen Fortschritt in der Verhandlungsfrage, ein soziales Frührot glänzen und lassen ihn hiermit im Wortlaute folgen. Die „Arbeitgeberzeitung“ schreibt:

„Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat im vergangenen Winter nicht nur den inneren Ausbau seiner Organisation wesentlich gefördert, sondern auch in anderer Hinsicht einen sehr beachtenswerten Schritt auf dem Wege zur Sicherung des Arbeitsfriedens getan; er hat sich in eingehender Weise mit der in der jüngst vergangenen Zeit so vielfach ventilirten Verhandlungsfrage befaßt, einer Angelegenheit, über die bekanntlich die Ansichten der beteiligten Arbeitgeberkreise bisher weit auseinandergingen. Und zwar ist es ihm gelungen, die obwaltenden Schwierigkeiten zu beseitigen und eine vollständige Einigung zu erzielen. Am 20. März d. J. beantragte der Vorstand des Gesamtverbandes beim Verbandsausschuss, es möge ein Beschluß darüber gefaßt werden, wie seitens der fabrikmäßigen Betriebe mit den Arbeitern zu verhandeln sei, wobei er es als eine unumgängliche Notwendigkeit bezeichnete, daß eine für die Arbeiter annehmbarere Form in Sachen der Bildung der beiderseitigen Verhandlungskommissionen gefunden würde. Dementsprechend brachte er folgendes in Vorschlag:

a) Arbeiterkreise, welche im Auslande sind, oder in den Auslande treten wollen, ist, wenn sie zu verhandeln gewillt sind, anzuweisen, aus ihrer Mitte eine Kommission zu ernennen, welche den Auftrag erhält, mit einer Kommission der betreffenden Arbeitgeber zu verhandeln. Die Stärke der Kommission soll sieben Personen von jeder Seite in der Regel nicht übersteigen.

b) Wo frei gewählte Kommissionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandeln, sollte nicht mehr als ein Vertreter auf jeder Seite hinzugezogen werden dürfen.

c) Auf keinen Fall soll der einzelne Arbeitgeber mit der Organisation der Arbeitnehmer verhandeln. Auch die Verhandlungen von Organisation zu Organisation sind zu vermeiden, damit die in a) vorgeschlagene Verhandlungsform zu allgemeiner Einführung gelangen kann.

d) Bei etwaiger Gesamtsperre hätten die den Bereich in Tätigkeit gewesenen Verhandlungskommissionen angehörenden Arbeitnehmer eine Kommission von sieben Personen zu ernennen, welche mit einer vom Ausschuss des Gesamtverbandes zu wählenden Kommission von sieben Personen zu verhandeln hätte. Die der Kommission angehörenden Arbeitgeber und Arbeiter brauchen an dem Streite, welcher zur Gesamtsperre geführt hat, nicht sämtlich direkt beteiligt zu sein.

e) Wenn unter Mitwirkung dritter Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen werden, so ist die Formulierung der Vereinbarungen nicht dem Dritten zu überlassen.

Diese Vorschläge wurden vom Ausschuss einstimmig angenommen und bilden nunmehr die feste Norm, nach welcher die Bezirksverbände des Gesamtverbandes sich bei den Verhandlungen zu richten haben. Diese Tatsache besitzt eine solche Bedeutung, daß wir uns eingehend mit ihr zu beschäftigen haben werden. Denn es liegt auf der Hand, daß die endlosen und unfruchtbar streitigen Über die Form der Verhandlung der Vergangenheit angehören werden, sobald die Arbeiter sich bereit erklärt, auf das Anerbieten des Gesamtverbandes einzugehen.

Welches ist der Kernpunkt des Streites um die Verhandlungsfrage? Er besteht in dem Verlangen der Arbeitgeberorganisationen, daß die Fabrikleitungen nicht mit ihren eigenen Arbeitern, sondern mit den Arbeiterorganisationen verhandeln sollen. Dieses Verlangen lehnt der „Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller“ in entschiedener Weise ab, und zwar tut er das, wie wir vermuten, aus der praktischen Erwägung heraus, daß die deutschen Arbeiter doch nur zum Teil organisiert sind, und daß die organisierten Arbeiter wiederum sozialdemokratischen, christlichen, kirchlich-bundeseigen und anderen Organisationen angehören. Diese Vielfaltigkeit muß es aber so gut wie unmöglich machen, eine einheitliche Regelung in Sachen der Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen aufzustellen. An dieser Tatsache scheiterten denn auch alle Bemühungen derer, die grundsätzlich für die Verhandlung von Organisation zu Organisation eingetreten sind. Um nun trotzdem zu einer einheitlichen Verhandlungsform zu gelangen, will der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller als die wirklich zweckentsprechende Verhandlungsform die freie gewählte Kommission aus beiden Lagern aufgestellt wissen, denen er das Recht gewährt, auf jeder Seite einen Vertreter hinzuzuziehen. (Im Manuskript selbst steht gedruckt: Neb. d. „Textilarbeiter-Zeitung“.) Die Mitglieder des Gesamtverbandes werden hinfür in keine Verhandlung ohne Hinzuziehung eines ihrer Geschäftsführer eintreten, weil es sich herausgestellt hat, daß die Arbeitgeber in den einschlägigen Gesetzesbestimmungen nicht berathen werden dürfen, und ohne sachmännlichen Beistand mit den Arbeitern verhandeln zu können. Schon aus paritätischen Gründen erscheint es angebracht, besten geboten, auch der Gegenseite eine sachmännliche Beratung zuzugestehen. Dieses Zugeständnis ist als ein wesentlicher Fortschritt zu begründen, weil gerade die Frage der Zuzugung eines Vertreters vielfach den Kernpunkt der Arbeitskämpfe bildete. Als derartige Vertreter werden natürlich durchweg die Arbeitersekretäre und sonstige Gewerkschaftsbeamte fungieren. Hierbei dürfte sich der Gesamtverband wohl kaum einer Zurückhaltung hingeben. Wenn er sich mit dieser Tatsache trotzdem abgefunden hat, so wird das darauf zurückzuführen sein, daß er den beiderseitigen Vertretern eine einwandfreie, legitime Position beimeinen will. Die Vertreter wählten ihres Amtes nicht nur als Vertreter ihrer Organisation, sondern auch als Vertrauensmänner der beiderseitigen freigelegten Kommissionen, und da nicht eine bestimmte Art von Organisation ein für alle Mal als zuständige Verhandlungsinstanz festgelegt wird, sondern den jeweilig frei gewählten Kommissionen das Recht zusteht, zu ihrem Sachwalter der Vertreter gerade der Organisation zu wählen, die ihnen paßt, so wird auf der Seite der Arbeiter das eine Mal ein Beamter der freien Gewerkschaften und das andere Mal ein solcher der christlichen oder kirchlich-bundeseigenen Verbände erscheinen, je nachdem die betreffende Kommission in ihrer Majorität der einen oder der anderen Organisation angehört.

Die bezeichnende Verhandlungsform dürfte unserer Vermutung nach vorzugsweise den Beifall der Schwächeren, d. h. also der auf nationalem Boden stehenden Arbeiterorganisationen finden, weil diesen daraus die Möglichkeit erwächst, ihrerseits hinfür mehr Geltung zu erlangen, als es bisher gemeinsam der Fall war; denn sie werden eben in der Lage sein, bei der Auswahl der Vertreter mit den stärkeren Organisationen zu alternieren.

Wir hoffen inessen, daß auch die anderen Gewerkschaften, sowie vor allem die breitere Öffentlichkeit in dem Vorzuge des Gesamtverbandes den ersten Willen erkennen werden, einen Weg zu finden, den zu betreten für beide Parteien möglich ist, da er ihren berechtigten Interessen Rechnung trägt.

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller ist als das Vorbild eines starken, gemäßigten auftretenden und weitblickenden Arbeitgeberverbandes anzusehen, wir sprechen ihm unsere volle Anerkennung dafür aus, daß es ihm gelungen ist, auch in der so überaus schwierigen Verhandlungsfrage die mittlere Linie herauszufinden, d. h. eine Norm aufzustellen, die genügt dem Spielraum bietet, um für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands einen betretbaren Boden zu bilden.

Soweit die „Arbeitgeberzeitung“. Also vom mächtigen Zentralverband der deutschen Industriellen ist der Weg zuerst beschritten worden, der nach unserer Meinung zu einer befriedigenden Lösung der Verhandlungsfrage führen kann. Wenn wir an die schweren Wirtschaftskämpfe in der Metallbranche zurückdenken, die besonders in den letzten Jahren mit zäher Ausdauer und großer Bitterkeit geführt wurden, dann finden wir in dem Stimmungswandel der Metallindustriellen eine Bestätigung des alten Satzes, daß die Erfahrung die beste Lehrmeisterin ist. Zwar stehen die Arbeitgeber auf dem Standpunkte, daß sie nach Möglichkeit nur mit ihren Arbeitern verhandeln und nur „von jeder Seite“, das heißt von der Arbeitgeber- sowie von der Arbeiterorganisation, je einen Vertreter hinzuzuziehen wollen. Damit wird sich jeder christliche Verband gerne einverstanden erklären. Uns verlangt es sicher nicht danach, auf alle Fälle „mit dabei zu sein“. Am liebsten war es uns stets, wenn sich Arbeiter und Arbeitgeber über die schwebenden Differenzen verständigten, ohne daß sich der Verband hineinzuwickeln brauchte.

Wir begrüßen die neueste Schwankung im Lager der Arbeitgeber mit aufrichtiger Freude. Möge die bessere Einsicht auch in den Kreisen der Textilfabrikanten immer mehr an Boden gewinnen. Den Vorzug werden sowohl Arbeitgeber wie Arbeiter haben.

Sachabteilungsfragen.

Die „Berliner Herren“ haben auch ihre Sorgen, trotzdem sie sich von Streits und dergleichen Dingen grundsätzlich fernhalten. Das „Korrespondenzblatt der beruflichen Sachabteilungen“ enthält in seiner Nr. 8 folgende ernsthafte Verwarnung an die Mitglieder der Sachabteilungen: „Alle Mitglieder, welche sich an der Maifeier beteiligen, haben die Folgen, wie Aussperrung, Entlassung u. s. w. selber zu tragen und erhalten keinerlei Unterstützung seitens ihrer Gewerkschaft.“

Na, die Herren müssen es am besten selber wissen, ob die Gefahr besteht, daß Sachabteilungsmitglieder am ersten Mai statt des hohen Lohes von der Harmonie — die Marxisten sagen: die Harmonie — der Sachabteilungen sungen. Wir haben für derartige Sachabteilungsfragen schon deshalb kein Verständnis, weil wir es für selbstverständlich halten, daß christlich organisierte Arbeiter den Matrummel nicht mitmachen.

Weitere Sorgen erwachsen den Herren in Berlin aus der — na sagen wir mal, wenig pünktlichen Geschäftsführung ihrer Gruppen. Darüber weiß der „Bergknapp“ zu berichten:

Die Nr. 5 des „Arbeiter“ vom 3. Februar 1907 enthält folgende Mahnung bezüglich der Abrechnungen:

Die Vereinsführer werden mit Rücksicht auf den in diesem Jahre frühzeitig stattfindenden Delegiertentag (19 bis 21. Mai) dringend gebeten, die Abrechnungen mit dem Verbandspro 1906 umgehend einzusenden. Es sind noch eine ganze Reihe von Vereinen mit den Abrechnungen pro I., 2. und 3. Quartal 1906 im Rückstande. Pro 4. Quartal haben erst 200 Vereine von 750 abgerechnet. (!) Nach § 19 Absatz 2 der Verbandsstatuten sind die Beiträge innerhalb der ersten 14 Tage jeden Quartals einzusenden. Wir bitten also nochmals um schleunige Erledigung, damit die Vorarbeiten für die Delegiertentage in Angut gemacht werden können.“

Die Nr. 4 des „Korrespondenzblattes“ der Sachabteilungen vom 17. Februar 1907 (also 14 Tage später) erinnert erneut und dringend die Kassierer an ihre Verpflichtungen, indem sie schreibt:

„Es sind noch über 300 Abrechnungen rückständig. Wir eruchen die Herren Kassierer dringend, dieselben umgehend einzusenden.“

Deutlicher wird aber die Nr. 7 des „Arbeiter“. Nicht länger mehr macht man aus seinem Herzen eine Wüstenruibe. Was lange bedrückt haben mag, es muß heraus. Es heißt nämlich:

„P. S. Wir machen darauf aufmerksam, dass von 750 Vereinen bis heute erst 288 für das 4. Quartal 1906 abgerechnet haben. Es sind noch im Rückstande 462 Vereine mit über 65000 Mitgliedern und einer Beitragssumme von zirka 1200000 Mark allein aus dem 4. Quartal!!! Der Verband hat seine sämtlichen Zahlungen pränumerando zu leisten, während die Einnahmen so verspätet eintreffen. Man berechne bloss einmal die auf diese Weise entstehenden Verlustzinsen.“

Die Nr. 6 des „Korrespondenzblatt“ der Sachabteilungen enthält folgende

„Bekanntmachung für Metallarbeiter.“ Eine ganze Reihe von Sachabteilungen der Metallarbeiter sind mit ihren Abrechnungen pro 1906 noch im Rückstande. Der Vorstand der Metallarbeiter erucht die sämtlichen Sachabteilungen ihrer Pflicht sofort nachzukommen und die rückständigen Beiträge schleunigst einzusenden.

Der Gewerkschaftsvorstand der Metallarbeiter.

Und die Nr. 7 desselben Blattes vom 31. März 1907 schreibt kurz und bündig:

„Die Abrechnungen von 275 Sachabteilungen sind noch nicht eingesandt. Es wird dringend ersucht, ungesäumt abzurechnen.“

In Nr. 13 des „Arbeiter“ vom 31. März endlich findet man anscheinend keine Worte mehr. Die ganze Stimmung spiegelt sich wieder in dem einen Satz:

„NB. Es fehlen noch die Abrechnungen von 162 Vereinen pro 4. Quartal 1906! (In der vorigen Nummer war die Zahl der rückständigen Abrechnungen 203 heißen.)“

Dies sind die Früchte des „Vereinheitslichkeitsystems“. Fortwährend operiert man mit großen Mitgliederzahlen, und stellt sich dann schließlich heraus, daß die Leute noch nicht einmal für die ersten Quartale 1906 bezahlt haben! So etwas nennt sich dann noch „gewerkschaftlich“ organisiert.

Doch für Nachbarn ziemt es sich, gegenseitig zu helfen und zu trösten, wenn's mal schief geht. Deshalb legen wir allen unsern Freunden nahe, den Sachabteilern doch klar zu machen, daß sie durch hartnäckige Verweigerung der Umlagen ihre Firma „Sig Berlin“ an den Mann bringen und daß sie, um den Standal zu vermeiden, doch noch mal zahlen müßten, wenigstens für die ersten Quartale von 1906.

Wohnungsstatistiken durch die Krankenkassen.

„Wer möchte sich mit solchen trockenen Zahlen abgeben“, rief kürzlich ein unorganisirter Arbeiter aus, als mehrere Kollegen unseres Verbandes zusammenkamen, um die ihnen von der Zentralstelle übersandten Fragebogen auszufüllen. „Jung, du kennst du dich vom“, wurde demselben von einem der betreffenden Kollegen geantwortet. Mit Recht! Wir organisierten Arbeiter wissen, daß wir ohne „trockene Zahlen“ unsere Sache nicht vorwärts bringen können, ebensowenig wie der Kaufmann, der Handwerker, der Fabrikant das kann. Als wir uns früher wenig oder gar nicht um die „trockenen Zahlen“ kümmerten, da kamen wir oftmals in die peinlichste Lage. Traten wir in eine Lohnbewegung, dann wurden uns seitens des Arbeitgebers „trockene Zahlen“ über unsern ver-

dienten Lohn unter die Nase gehalten. Was wollten wir da machen? Wohl konnten wir die Wichtigkeit der Angaben des Fabrikanten bestreiten, aber ihre Unrichtigkeit beweisen konnten wir nicht, weil wir uns nicht mit den „trockenen Zahlen“ befaßt hatten.

Wir wollen uns in einer späteren Nummer noch eingehend mit der Notwendigkeit der Statistiken über Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschäftigen und heute die Aufmerksamkeit der Kollegen auf ein anderes Gebiet dieser „trockenen Wissenschaft“ lenken: auf die Wohnungsstatistiken durch die Krankenkassen. Dieses Gebiet ist nicht nur für unsere, in den Krankenkassen-Vorständen wirkenden Kollegen wichtig, sondern für alle Kollegen und Kolleginnen. In der „Arbeiter-Vergütung“ (Verlag A. Trojel, Brunnenweg-Berlin) lesen wir:

Die Zusammenhänge von Wohnungsnot und Krankheitsgefahr sind allgemein bekannt. Um nicht schon oft Gesagtes zu wiederholen, sei nur auf die Publikationen des Vereins Reichswohnungsfrage, der Gesellschaft für Wohnungsreform, die Schriften „die Wohnungsfrage“ von Dr. Jäger, „das Wohnungswesen“ usw. und besonders auf den Vortrag von Dr. Wangold-Dresden über „Wohnungsfrage und Ortskrankenkasse“ auf der letzten Jahresversammlung des Zentralverbandes des von D. R. K. in deutschen Reich (Arb.-Vergütung, 1906 S. 562) verwiesen. Die allgemeine und große Bedeutung der Wohnungsbeschaffenheit für die Gesundheitspflege erkennend, haben sich die Krankenkassenverwaltungen auch schon seit langer Zeit mit der Wohnungsfrage beschäftigt. Bereits auf der Jahresversammlung 1902 des Zentralverbandes von D. R. K. im Deutschen Reich referierte A. Kohn-Berlin über einen Antrag: „Die Jahresversammlung möge beschließen, den Ortskrankenkassen die regelmäßige Vornahme von Ermittlungen der Wohnungsverhältnisse ihrer erkrankten Mitglieder dringend zu empfehlen.“ Kohn, der wohl als erster derartige Wohnungsstatistiken (und zwar bei der D. R. K. der Kaufleute in Berlin) unternommen hat, wies in seinen Ausführungen (vergl. Arb.-Vergütung, 1902 S. 653) darauf hin, daß die Kranken der Großstädte in ihnen engen, der Luft und des Lichts entbehrenden Wohnungen, die Stände sind, eine erfolgreiche Kur durchzuführen. Auch das Reichsversicherungsamt habe die Enqueten seiner Kasse mit Freuden begrüßt. Trotz der Annahme des aufgestellten Antrags ist es bis jetzt doch immerhin nur eine beschränkte Reihe von größeren D. R. K. (andere Klassen haben sich wohl überhaupt noch nicht daran gemacht), welche derartige Statistiken gepflegt haben. Außer einigen Berliner Klassen sind noch diejenigen in Magdeburg, Straßburg, Pforzheim, Mannheim, Kiel, Stuttgart, Leipzig, Dresden, einige in Breslau usw. dem Beispiel gefolgt. Die Klassen in den kleineren, mittleren und größeren Städten haben es bis jetzt aber (nur mit vereinzelten Ausnahmen) vollkommen unterlassen, sich mit der Wohnungsfrage praktisch zu befassen. Nach unserer Erfahrung behaupten wir aber, daß auch die Wohnungsverhältnisse in den mittleren und kleineren Städten, ja selbst auf den Dörfern noch unendlich viel zu wünschen übrig lassen. Gibt es da vielleicht auch keine „Kellerwohnungen“, so doch unjensehr Dachwohnungen und Wohnungen in alten, engen haufälligen Häusern, mit kleinen Fenstern, — fast nur Gußblechern, — Räume ohne jedwede Ventilationsmöglichkeit, ohne Unterfütterung, ohne Wasserleitung usw. Wohnungen neben oder über Viehhallen, neben offenen Düngergruben usw. sind keine Selbstenheiten. Also auch die Klassen in den mittleren Städten haben alle Ursache, sich der Wohnungsermittlung zuzuwenden. Die D. R. K. in Würzburg, einer Stadt von ca. 18000 Einwohnern, hat im Jahre 1906 eine Wohnungsstatistik aufgenommen und dabei festgestellt, daß die Wohnungsverhältnisse keineswegs günstiger war als in der benachbarten Großstadt Leipzig. Manche Einrichtungen, wie Zahl der Personen, welche einen Abort benutzen usw., waren sogar noch mangelhafter. Wir können uns also dem Wunsche des Herrn Kohn auf dem Düsseldorf-Ortskrankentag, die Wohnungs-Erhebungen noch viel eifriger zu pflegen, nur anschließen.

Die Aufnahme einer Wohnungsstatistik verursacht allerdings viel Mühe und viel Arbeit. Und das nicht nur, soweit es sich um die Ausfüllung des für jede Wohnung bezu. jeden Kranken notwendigen Fragebogens handelt, sondern auch soweit die Verarbeitung des gewonnenen Materials in Frage kommt. Ein Hauptfordernis der gesamten Arbeit ist die Gewissenhaftigkeit. Jede tendenziöse Beeinflussung des Ergebnisses hat zu unterbleiben, es braucht nur trocken geschilbert zu werden, was Tatsache ist. Eine Notwendigkeit ist ferner eine einheitliche Instruktion der Fragebogen ausfüllenden Krankenkassenkontrollen.

Bei manchen Klassen (wie Leipzig und Breslau usw.) wird diese Ausfüllung von den freiwilligen Krankenkassenkontrollen, bei anderen Klassen auch von den zur Krankenkasse angestellten Beamten, mitunter auch von beiden vorgenommen. Die Instruktion hat den Zweck, die Kontrollen über den Wert und die Zweckmäßigkeit der Ermittlung zu belehren und ihnen auch eine Einheitlichkeit in der Auffassung und Beantwortung der einzelnen Fragen des Schemas anzuraten.

Eine Belehrung über den Zweck des Unternehmens ist schon deshalb angebracht, um die Kontrollen in den Stand zu setzen, die Belehrung auf die Kranken Klassenmitglieder zu übertragen. Nicht selten wird der Kontrollen mit „gemeinsamen Gefühlen“ empfangen; manche Kranke glauben, es handle sich um Material zu Anzeigen bei der Polizei, um Vorbereitungen zu

allenfalls viel Mühe und viel Arbeit. Und das nicht nur, soweit es sich um die Ausfüllung des für jede Wohnung bezu. jeden Kranken notwendigen Fragebogens handelt, sondern auch soweit die Verarbeitung des gewonnenen Materials in Frage kommt. Ein Hauptfordernis der gesamten Arbeit ist die Gewissenhaftigkeit. Jede tendenziöse Beeinflussung des Ergebnisses hat zu unterbleiben, es braucht nur trocken geschilbert zu werden, was Tatsache ist. Eine Notwendigkeit ist ferner eine einheitliche Instruktion der Fragebogen ausfüllenden Krankenkassenkontrollen.

Bei manchen Klassen (wie Leipzig und Breslau usw.) wird diese Ausfüllung von den freiwilligen Krankenkassenkontrollen, bei anderen Klassen auch von den zur Krankenkasse angestellten Beamten, mitunter auch von beiden vorgenommen. Die Instruktion hat den Zweck, die Kontrollen über den Wert und die Zweckmäßigkeit der Ermittlung zu belehren und ihnen auch eine Einheitlichkeit in der Auffassung und Beantwortung der einzelnen Fragen des Schemas anzuraten.

Eine Belehrung über den Zweck des Unternehmens ist schon deshalb angebracht, um die Kontrollen in den Stand zu setzen, die Belehrung auf die Kranken Klassenmitglieder zu übertragen. Nicht selten wird der Kontrollen mit „gemeinsamen Gefühlen“ empfangen; manche Kranke glauben, es handle sich um Material zu Anzeigen bei der Polizei, um Vorbereitungen zu

Einweisungen ins Krankenhaus usw. In ganz besonderen Fällen werden wohl solche Maßnahmen nicht zu umgehen sein und sie werden unter Umständen auch gegen den Willen des Wohnungseigentümers vorgenommen werden müssen — in der Regel wird es sich aber um eine Aufklärung der Kranken über den tatsächlichen Zweck der Unterbringung handeln, die vielleicht auf eine Belehrung über gesunde Wohnen ausgeht werden kann. Viele Leute sind sich ihres Wohnungselendes gar nicht bewußt; sie müssen erst darauf hingewiesen werden. Mit der Aufnahme der Wohnungseigentümer kann daher das äußerste nützliche Bemühen verbunden werden, in die breiten, meistens unerfahrenen Schichten der Bevölkerung Aufklärung über die Regeln eines gesunden Wohnens und Lebens hineinzutragen und zu verbreiten. Wieviel Unwissenheit herrscht in dem Punkte noch! Wie oft ist nicht mangelhafte Sauberkeit und Lüftung anzutreffen. Auch an den Umgang sei erinnert, daß die ganze Familie sich nur in einem einzigen Schlafzimmersraum zusammenbringt, um den „Frühtraum“ der guten Stube zu erhalten. Wenn die Hausbesitzer und ihre Organisationen über die Wohnungsmittelungen und die Belüftungen umgefaßt sind, so darf das natürlich die Kassenverwaltungen nicht rühren. Rechtlich und nach den Bestimmungen des V. G. B. genommen kann selbstverständlich kein Hausbesitzer Einwendungen dagegen erheben, wenn ein Krankenkontrollleur die Wohnung des Mieters untersucht und mißt. Die Zustimmung des letzteren ist allerdings unerlässlich.

Bei der Ausfüllung des Fragebogens werden in den meisten Fällen die Kranken beifällig sein und die nötigen Angaben selbst machen. Bei vielen Fragen ist ja auch der Kontrollleur auf diese Angaben angewiesen. Trotzdem empfiehlt es sich aber, daß sich der Kontrollleur von der Richtigkeit der Angaben nach größter Möglichkeit selbst überzeugt. Unerschütterlich wird es z. B. sein, daß er die vorgeschriebenen Messungen selbst vornimmt und die einzelnen sonstigen Räume mindestens selbst besichtigt.

Was den Fragebogen selbst anlangt, so haben die einzelnen Klassen verschiedene Schemata. Derjenige der allgemeinen D. R. R. Fragebogen ist z. B. weitergehend als derjenige der D. R. R. der Kaufleute in Berlin, da er sich auch auf die Arbeitsräume erstreckt. Für den Anfang dürfte es sich aber empfehlen, den Fragebogen nicht zu sehr zu beschränken, da sonst die Freudigkeit der Arbeit schwinden könnte. Bei einigen Klassen (Leipzig, Würzen) ist folgendes Schema eingeführt:

Ortskrankenkasse

1. Ort: Straße Nr.
 2. Name des Mitgliedes: Mittel-Nr.
 3. Geschlecht:
 4. Beruf:
 5. Krankheit:
 6. Vorderhaus, Hinterhaus, Seitenflügel, part., Treppen, Dach, Kellerwohnung.
 7. Ist das Gebäude unterteilt? ganz — teilweise — nicht.
 8. Wie groß ist das Wohnzimmer bzw. der Aufenthaltsraum? Länge Breite Höhe
 9. Ist der Raum hell, dunkel, feucht?
 10. Wieviel Fenster sind darin enthalten? Größe derselben?
 11. Ist Sitzgelegenheit vorhanden und welche? eiserner Tisch, Stühle, Kochmaschine.
 12. Wieviel Personen teilen mit dem Kranken den Aufenthaltsraum? und wieviel hiervon unter 14 Jahren?
 13. Wird der Raum zugleich als Arbeitsstätte benutzt?
 14. Wie groß ist der Schlafraum? Länge Breite Höhe
 15. Ist der Raum hell, dunkel, feucht?
 16. Wieviel Fenster sind darin enthalten? Größe derselben?
 17. Ist Sitzgelegenheit vorhanden und welche? eiserner Tisch, Stühle, Kochmaschine.
 18. Wieviel Personen teilen mit dem Kranken den Schlafraum? und wieviel hiervon unter 14 Jahren?
 19. Hat der Kranke ein Bett zur alleinigen Benutzung?
 20. Welche Stellung im Haushalt hat der Kranke? Mann, Frau, Sohn, Tochter, Schlafknecht.
 21. Wieviel Räume stehen dem Kranken außerdem zur Verfügung und zwar heizbar? nicht heizbar?
 22. Wo befindet sich der Abort? Hof, Korridor, Treppe.
 23. Mit wieviel Personen wird derselbe gemeinschaftlich benutzt?
 24. Besteht in hygienischer Beziehung Mängel in der Arbeitsstätte, die die Krankheit verursacht haben können? heizbarerfalls welche?
 25. Seit welcher Zeit arbeitet der Kranke in dem Betriebe?
 26. Wie hoch ist der Mietpreis?
 27. Bemerkungen:
 Der Kontrollleur:
 Es ist selbstverständlich, daß die Fragen noch vermehrt, aber auch verringert werden können. Der Leipzig'ige Fragebogen enthält z. B. die Frage nach dem Mietpreis nicht. Wir halten aber doch die Frage

für außerordentlich wichtig und zwar nicht allein um einen Einblick in die Wohnungspreise des betr. Ortes zu erhalten, sondern auch um besonders die Mietverhältnisse der Arbeiter zu ergründen. Selbst auch auf die Gefahr hin, daß die diesbezüglichen Angaben nicht in allen Fällen zu erlangen sind, ist doch die Einstellung der Frage sehr zu empfehlen. Im übrigen sei noch darauf verwiesen, daß das „Soziale Museum“ in Frankfurt a. M., Jordanstraße, bereit ist, durch Ausarbeitung praktischer Fragen-Schemata Hilfe zu leisten.

Die Verarbeitung des Materials zu Statistiken kann entweder in bestimmten Zeitabschnitten (vierteljährlich) oder auch nach Ablauf des Geschäftsjahres geschehen. Ersteres pflegt die D. R. R. der Kaufleute in Berlin zu tun, die das Ergebnis ihrer Erhebungen allvierteljährlich veröffentlicht. Auch solchenfalls wird es nötig sein, das Material in jährlichen Berichten zusammenzufassen. Ein Muster in dieser Hinsicht sind die Berichte der D. R. R. Leipzig, die eine Menge interessanter Tabellen enthalten, z. B. über die Verteilung der Patienten, nach Zahl der Mitbewohner und der Größe des Aufenthaltsraumes, die Aufenthaltsräume in ihrer hygienischen Beschaffenheit nach Licht und Feuchtigkeit, Verteilung der Patienten nach Zahl der Fenster ihrer Aufenthaltsräume usw. Am Schlusse des Berichtes sind eine Anzahl Beschreibungen einzelner Wohnungen gegeben, die den Bemerkungen der Fragebogen entnommen sind. Wichtig ist es auf alle Fälle, für möglichst Verbreitung der Ergebnisse durch die Presse usw. zu sorgen. Auch ist es rathsam, die Berichte an die Behörden und sonstige, interessierte amtliche und private Stellen, an Politiker, Gewerkschaften usw. abzugeben.

Die Aufwendungen für die Erhebungen sind sehr geringe, sie können auch sehr wohl, ohne mit dem Geheiß in Konflikt zu kommen, auf die Kasse übernommen werden. Wenn noch ein weit größerer Teil von Kassen als bisher sich auf die angeregte Weise der Bekämpfung der Wohnungsnot zuwendet, so wird die Wohnungsfrage um so früher ihrer Lösung zugeführt werden.

Die deutsche Unfallversicherung im Jahre 1905.

Demjenigen, der sich der Hoffnung hingegeben hat, daß mit der fortschreitenden sozialen Wirklichkeit und der im Dienste derselben stehenden Technik die Zahl der Betriebsunfälle abnehmen müsse, bereiten die alljährlich herausgegebenen Nachweisungen über die Rechnungsergebnisse der Träger der Unfallversicherung eine kleine Enttäuschung. Der Zahl nach weist das Jahr 1905 gegen seine Vorgänger eine Steigerung der Betriebsunfälle auf. Allerdings verdient eines festgestellt zu werden — und wir tun es mit Unentgelt, weil jeder Fortschritt nach dieser Richtung hin zu begrüßen ist — die Steigerung der Unfallzahl ist diesmal nicht mehr so stark wie früher. Während z. B. 1903 auf 1000 Bollarbeiter im Durchschnitt 9,21 erstmalig entzündigte Unfälle kamen, betrug die Zahl 1904 9,49 und 1905 9,55. Wenn aber auch die Steigerung etwas geringer ist, der absolute Stillstand ist immer noch nicht da.

Damit ist gleichzeitig auch gesagt, daß die Träger der Unfallversicherung im allgemeinen der Vorbeugung und der Verhütung von Unfällen noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit widmen. Neben einer Versicherung gegen die Folgen der Unfälle (Beschränkung der Erwerbsfähigkeit u.) müßten die Versicherungsanstalten z. B. immer mehr und mehr Institute zur Verhütung von Betriebsunfällen sein. Doch sind die meisten derselben von einem durchgreifenden Wirken genannter Art noch sehr weit entfernt. Folgtverordnungen zum Schutze der Arbeiter und papierne Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften allein tun es nicht. Was fehlt, das scheint in der Hauptsache eine wirksame Kontrolle zu sein, die unabhängig von den materiellen Interessen der einzelnen Unternehmungen ihren Dienst verrichtet. Gedächtnis dieses, so wäre es wohl kaum möglich, daß z. B. im Bergbau binnen kurzer Zeit die Lage von Heiden, Kleintöpfen und Böllingen kommen könnten. Für die Beurteilung der gefährlicheren Betriebsunfälle kommt noch ein anderer Moment in Betracht: die wirtschaftliche Hofkonjunktur. Die möglichst größte Ausnutzung einer solchen Periode seitens der Industrie und der vielfach vorhandene Arbeitermangel bringen es mit sich, daß an den einzelnen Arbeiter bei der Arbeitsleistung erhöhte Anforderungen gestellt werden. Damit wird gleichzeitig auch die physische Kraft des Arbeiters geschwächt und den Unfällen Vorschub geleistet.

Der gute Geschäftsgang zog im Jahre 1905 wiederum eine beträchtliche Zahl von Arbeiterkräften in die gewerbliche Tätigkeit. Betrug die durchschnittliche Zahl der Unfallverletzten im Jahre 1904 19.876 025 Personen, so stieg diese Zahl im Berichtsjahre auf 20.242 470. Von den Trägern der Versicherung wiesen auf:

Versicherungsträger	Versicherte		+ oder -
	1905	1904	
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	8 195 732	7 849 120	+ 346 612
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft	11 189 071	11 189 071	-
Staatliche Ausführungsbehörden	771 985	750 384	+ 21 601
Provinzial- u. Kommunal- u. Ausführungsbehörden	85 724	87 450	- 1 726

Der Hauptanteil an dem Mehr der Versicherten entfällt so auf die gewerblichen Betriebe.

Zur Durchführung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung bestanden im Jahre 1905 gewerbliche Berufsgenossenschaften 66 mit 349 Sektionen, landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften 48 mit 584 Sektionen, 204 staatliche und 312 Provinzial- und Kommunalverwaltungsbehörden. Die Zahl der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, sowie deren Sektionen ist gegen das Jahr 1904 dieselbe geblieben. Dagegen weisen die staatlichen Ausführungsbehörden eine Zunahme von fünf und die provinzialen und kommunalen eine solche von acht auf.

Die Zahl der der Unfallversicherung unterliegenden Betriebe zeigt im Gewerbe eine Zu- und in der Landwirtschaft eine Abnahme. Sie betrug bei:

	1905	1904	+ oder -
Gewerblichen	637 611	619 449	+ 18 162
Landwirtschaftlichen	4 658 826	4 658 822	- 66

Bei den statistischen Nachweisen über die reichsgesetzliche Unfallversicherung nimmt naturgemäß die Zahl der Unfälle das weitgehendste Interesse in Anspruch. Was eingangs schon gesagt wurde, findet seine Bestätigung in der Tatsache, daß das Jahr 1905 mit

insgesamt 609 160 angemeldeten Betriebsunfällen gegenüber seinen Vorgängern den Rekord gezeichnet hat. Wurden im Jahre 1904 nur 583 965 Betriebsunfälle angemeldet, so stieg im Jahre 1905 die letztere Verhältniszahl auf 30,09. Den gewerblichen Berufsgenossenschaften allein gingen 414 445 und den landwirtschaftlichen 144 939 Unfallsanmeldungen zu. Bei ersteren kommen auf 1000 Versicherte 50,57 Unfälle, bei letzteren 12,95.

Nicht alle Unfälle aber werden seitens der Berufsgenossenschaften entschädigt. Voraussetzung ist einmal, daß erwerbsbeschränkende Folgen des Unfalls über die dreizehnte Woche hinaus vorhanden sind, und daß diese wenigstens 10% der Erwerbsfähigkeit betragen. Eine Statistik hierüber gibt wohl ein Bild von den Leistungen der Versicherungsträger, aber nicht auch von den wirklichen Folgen, die unsere wirtschaftliche Entwicklung der nachteiligen Seite zu für die Lohnarbeiterschaft mit sich brachte. Es war deshalb notwendig, die Gesamtsumme der Betriebsunfälle voranzustellen.

Auch jene Unfälle, für die im Jahre 1905 erstmalig eine Entschädigung gezahlt wurde, weisen eine Steigerung auf. Sie betragen 141 121 gegen 137 673 im vorhergehenden Jahre. Unfälle mit tödlichem Ausgang waren 8928 zu vergleichen gegen 8752 im Jahre 1904. Die Unfälle, welche die völlige und dauernde Erwerbsbeschränkung der Betroffenen zur Folge hatten, verminderten sich gegen das Vorjahr von 1604 auf 1487.

Ueber die von den gewerblichen Berufsgenossenschaften im Jahre 1905 erstmalig entschädigten Betriebsunfälle gibt folgende Tabelle eine Uebersicht. Zu beachten bleibt, daß sich die Verhältniszahl nicht auf die Summe der Versicherten beziehen, sondern auf die Bollarbeiter, d. h. für je im Betriebe pro Jahr geleisteten 300 Arbeitstage resp. Schichten.

Gewerbliche Berufsgenossenschaften	1905		Auf		
	Zahl der Bollarb.	Erstmals entschädigte Unfälle	1905	1904	1903
1. Bergbau	647 458	10 054	15,53	15,46	14,59
2. Steinbrüche	160 348	2 436	15,14	14,83	14,91
3. Glas, Töpferi., Biegerei	354 199	2 485	7,02	6,56	6,03
4. Eisen und Stahl	1 194 707	13 180	10,99	11,25	10,53
5. Metall, Feinmechanik, Musikinstrumente	335 906	2 707	6,84	6,26	5,80
6. Chemie	185 826	1 619	8,71	8,55	7,98
7. Gas- und Wasserwerke	60 092	387	6,44	6,78	6,96
8. Textilindustrie	839 940	2 576	3,07	3,00	3,04
9. Papier und Buchdruck	329 721	1 664	5,05	4,57	4,57
10. Leder und Bekleidung	291 693	1 088	3,63	3,93	3,82
11. Holz	469 915	4 828	13,05	12,68	12,41
12. Nahrungsmittel, Fleischeri., Tabak	574 370	1 863	4,98	5,07	4,90
13. Mälzerei, Zucker, Malzerei, Brennerei, Brauerei, Mälzerei, Stärkeindustrie	289 392	3 527	12,19	13,39	11,79
14. Bauwesen (Privatbetriebe)	1 105 237	12 691	11,48	11,70	11,90
15. Private Bahnbetriebe	85 845	607	7,07	6,69	7,58
16. Lagerer., Fuhrwerke	356 146	5 540	15,56	14,31	16,55
17. Rinnenschiffahrt	53 460	765	14,31	15,02	13,69
18. Seefischerei (Privatbetriebe)	65 124	423	6,50	6,72	6,49
Gesamtsumme	7 159 842	68 360	9,56	9,49	9,21

Etwas günstiger wie bei den Berufsgenossenschaften liegen die Verhältnisse bei den staatlichen, kommunalen und provinziellen Ausführungsbehörden. Allerdings weisen auch hier die Staatsbetriebe für Schiffahrt u. eine außerordentlich hohe Prozentzahl von Unfallverletzten auf. Zu den einzelnen Betriebsarten stellt sich das Verhältnis folgendermaßen:

Ausführungsbehörden	Bollarbeiter	Erstmals entzündigte Unfälle	
		Zahl	pro 1000 Bollarbeiter
1. Marine- und Seeverwaltung	53 986	242	4,48
2. Oeffentliche Handbetriebe	85 211	567	6,54
3. Staatsbahnen, Post u. Telegraphen	429 996	3383	7,87
4. Schiffahrt, Baggerrei u.	6 125	89	14,53
Gesamtsumme	575 320	4270	7,42

Zu den tödlichsten Unfällen und denjenigen, die eine völlige und dauernde Erwerbsbeschränkung zur Folge hatten, stellen sich auch hier, soweit sie im Jahre 1905 erstmalig eine Entschädigungspflicht begründeten, insgesamt 139 706, die eine dauernde oder auch vorübergehende Erwerbsbeschränkung mit sich brachten.

Gines stellt bei der Rechnungsablage der Versicherungsträger auf: die fast von Jahr zu Jahr geringer werdende Zahl der Unfälle, die eine völlige und dauernde Erwerbsbeschränkung begründeten. Mag dieser einseitig in der Verbollkommenung der Unfall-

versicherungstechnik, welche die Unfälle zu weniger schweren gestalten, einigen Grund haben, so liegt doch bei der nur zu bekannnten Praxis der Berufsgenossenschaften der Gedanke nahe, daß man völlige Erwerbsbeschränkung nicht mehr kennen mag und solange der Berufstätige noch lebt, dessen Atemzüge noch einen gewissen Grad von Erwerbsfähigkeit bilden. Betrug im J. B. im Jahre 1887 die Zahl der völlig und dauernd Erwerbsbeschränkten, die einem Unfälle in gewerblichen Betrieben zum Opfer gefallen waren, noch 2827, so fiel diese Zahl bis zum Jahre 1903 auf 1377 und die Rechnungsergebnisse vom Jahre 1905 weisen aus, daß nur noch 572 Personen als völlig und dauernd erwerbsbeschränkt von den gewerblichen Berufsgenossenschaften anerkannt wurden.

Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, die im Jahre 1905 die erste Rente erhielten, betrug 19 026, davon waren Witwen (Witwer) 6188, Kinder und Enkel 12 554, Verwandte aufsteigender Linie 334. Verpflichungen gegenüber Verletzten und deren Hinterbliebenen haben die Versicherungsträger naturgemäß auch aus den Vorjahren mit übernehmen müssen. Neben den genannten Unfällen, die im Jahre 1905 erstmalig zu entschädigen waren, liefen noch 742 282 aus früheren Jahren. Die Zahl von einer Million Unfallrenten-Verechtigter dürfte damit in nicht allzu fernher Zeit erreicht sein.

Ueber die geleisteten Entschädigungen der Versicherungsträger im Jahre 1905 orientiert folgende Tabelle:

Zeitraum der Entschädigungen	Entschädigte Personen	Versicherungsträger				
		Gewerbliche Berufsgenossenschaften	Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften	Staatliche Ausführungsbehörden	Provinzial- und Kommunalverwaltungsbehörden	Engeländische Versicherungsgesellschaften
Halbjahre z. d. d. d.	93 050	1 855 763 05	910 087 80	306 339 08	6 869 94	39 280 46
Becken an Verletzte	809 413	66 679 280 87	28 874 308 82	7 293 109 70	301 034 35	1 305 779 71
Schwerwunde	5 040	1 709 292 46	336 409 84	12 239 51	10 037 16	19 283 68
Erwerbslos	9 239	408 108 47	168 291 72	51 010 35	1 235 92	9 435 88
Kinder an Familienrenten	173 617	17 146 328 73	3 443 765 78	2 180 735 12	50 142 98	400 331 50
Zusammen	1 078 978	87 809 773 58	29 436 842 94	10 268 434 57	372 300 25	1 795 057 23

Materialistische und göttliche Weltanschauung.

So scheint es uns ganz von der Stimmung des Einzelnen abzuhängen, wie ihn die Welt erscheint? Dies wäre ein völliges Mißverständnis dessen, was eben gesagt wurde. Charakter ist nicht Stimmung; er ist das Welt der Erziehung und Selbstziehung, die unsere Eigenart bilden und veredeln soll. Und je mehr ein Mensch erzogen ist, desto weniger wird er durch blöde Stimmungen geleitet. Insbesondere sind es zwei Mächte, die wie nichts anderes den Charakter zu bilden vermögen: göttliche Grundzüge und Religion. Sie sind darum auch maßgebende Faktoren für die Weltanschauung. Ja, man kann sagen, durch jede Weltanschauung ist immer der Einfluß der göttlichen gauen oder göttlich verkehrten Grundzüge und der Einfluß des Glaubens oder Unglaubens ihrer Vertreter hindurch. Je reifer in einem Menschen das Bewußt ist, desto mehr wird auch sein Auge geschärft, den falschen, je launiger aber doch unentwackelten Gang einer höheren Gerechtigkeit in den Gedanken der Religion und der Menschheit wahrzunehmen. Wir wissen es wohl, diese ewige Gerechtigkeit ist kein Abstraktum, das sich mit leichter Mühe demonstrieren läßt; sie ist ein Glaube, der oft lange auf das Schauen warten muß; aber es kommen doch Stunden in der Weltgeschichte, in denen es auch ein dumpfer Sinn wahrnimmt, daß hier mit den Sünden und Verirrungen einer langen Periode Abrechnung gehalten wird. Aber freilich, in diesem bloßen Vorgang-

gedanken, der sich jedem faßlich ernst Menschen aufdrängt, kommt unsere Weltanschauung nicht zur Ruhe, so groß und tief auch der Sinn ist, den er im reinen Geschehen findet. Erst die Verknüpfung der Religion, daß der Gang durch die Zeit ein Entwicklungsprozess der ewigen Liebe ist, gibt Menschen, wie sie einmal sind, die Zuversicht, daß es auch für sie ein erfolgreiches Arbeiten, ein gerechtes Kampfen, ein Aufstreben zum Licht und zur Arbeit gibt.

Die Geschichte bezeugt es, daß nichts dem Einfluß gleichkommt, den das Christentum auf die Weltanschauung der Völker geübt hat. Das die frühen Schwärze Mias, der jenseitigen verpörrischen Erwartung eines Paradieses und das physische Schicksal der jenseitigen Seele nicht verstanden, das hat das Evangelium zunächst gebracht. Es hat den tiefgemeinere Lebenssinn der Menschheit wieder aufgerichtet, ihrem Streben große, weltanschauliche, ewige Ziele gegeben und so den Boden für eine neue Kultur bereitet. Und es hat das vermocht, eben weil es nicht wissenschaftliche Weltanschauung, auch nicht blöde Selbsterhöhung war, sondern Freiheit von Sünden zu zeigen, erröckender und heilender Liebe. Damit hat es einen Weg nach oben geöffnet, den nicht bloß der Glaube und der Glaube betreten konnte, sondern auch der Gesinnung, der Schwäche, und auf dem Weg ein Wachen, Erhalten und Erneuern verhängt und ermöglicht war. So richtig ist darum die Weltanschauung beim Charakter dessen, erzieht, der sie hat, so gewiß ist es auch, daß die Religion eine unvergleichliche Macht der Charakterbildung ist und darum die Fähigkeit hat, die Weltanschauung zu erwecken, zu erheben, sie auf ein neues, vorübergehendes Ge-

dament zu gründen. Wer es versucht, sich eine Weltanschauung zu bilden, bei der bloß die Wissenschaft maßgebend herbeizogt sein soll, der wird immer dem Dämon gleichen. Der sich mit einem Schiß ohne Kompaß und ohne Anker auf die stürmische See hinauswagt. Unser Kompaß muß die jenseitige Forderung in unserem Gewissen sein, ohne die wir weder links noch rechts unterscheiden können und uns aber den Wert der Dinge in vorgerückten Fäulnissen bewegen. Und unser Anker muß der Glaube sein: er gibt unserem Leben den Halt, den nur die Gewissheit geben kann, von der Hand der ewigen Liebe gehalten und getragen zu werden.

II.
 Nachdem ich versucht habe, zu zeigen, was Weltanschauung überhaupt ist und wie sie zustande kommt, werde ich mich zu dem großen Gegenstand der Weltanschauungen, der uns näher beschäftigt, wenden. Das dieser Gegenstand besteht, brauche ich nicht erst nachzuweisen. Wir kennen ihn aus persönlichen Erfahrungen, aus der Logikliteratur, insbesondere auch der Presse, aus speziellen Reden und Kundgebungen, aus zahllosen Erörterungen unseres Volkstums. Ist es doch auch in dieser Hinsicht wahr, daß in unseren Großstädten Menschen neben einander wohnen, so verschieden in ihrer Denkhöhe, so verschieden in ihrer Weltanschauung, als wären sie gar nicht Glieder eines Volkes, sondern in ganz verschiedenen Weltanschauungen gelebten Jäten geboren. Auch das was diesen Gegenstand hier durch die Worte Materialismus und Christentum bezeichnen kann, läßt sich nicht wohl bestreiten, wenn schon man sagen kann, daß der Materialismus in unserer Lage in einer gewissen Hinsicht immer Geistigen ist.

die ihn freilich — auf das Wesentliche gehen — dem Christentum nicht näher bringt. Darüber wird später noch ein Wort zu sagen sein.

Zuerst: Was ist Materialismus? Es ist die Denkhöhe, welche die Materie, das Körperliche Sein, für das allein Wirkliche und die Grundlage alles Wirklichen erklärt. Was die geistliche Meinung der Körperwelt an die Seite stellt, das Leben der Seele, die Welt des Geistes, existiert nicht als besondere Provinz des Wirklichen. Es gibt ursprünglich und eigentlich nur Körper, sonst nichts. Wollen wir sagen, was geistliche Vorgänge eigentlich sind, so müssen wir sie auf körperliche Veränderungen zurückzuführen, oder doch als gänzlich von ihnen abhängige Erzeugnisse aufweisen. Das Leben der Pflanzen und Tiere besteht nur in einer Bewegung materieller Stoffe. Auch die geistigen Vorgänge, die wir in unserem Bewußtsein erleben, beruhen durchaus auf körperliche Veränderungen. Unsere Empfindungen sind mechanische, chemische und elektrische Prozesse, die sich in unserer körperlichen Organisation vollziehen. Unsere Gesühle beruhen auf dem vermehrten oder verminderten Zustromen des Blutes zu bestimmten Organen. Das Denken ist eine Funktion des Gehirns; ja, Karl Vogt ist auch nicht davon zurückgeschreckt, die Gedanken als eine Ausscheidung des Gehirns zu bezeichnen, die nach ähnlichen Gelehen zustande kommt, wie andere Ausscheidungen unseres Körpers. Von hier aus liegt dann freilich der Schritt nahe, daß die Qualität der Gedanken durch die Qualität und Quantität der Ernährung wesentlich beeinflusst werde. Wollschott hat denn auch nicht verjährt, diese Konsequenz zu ziehen: „Der Mensch ist, was er isst.“ (Fortsetzung folgt.)

Insgesamt wurden somit an direkten Unter-
stützungen 129 610 408,67 Mk. verausgabt.

Die Gesamtmaßnahmen der Berufsvereinigungen
und der Versicherungsanstalten, einschließlich des Ver-
standes vom Vorjahr, der Vorkasse, Kautionen u.
bezieht sich auf 196 343 031,69 Mk.

Die Verwaltungskosten einschließlich der Kosten für
Anfalluntersuchungen, Kosten des Rechtsgangs u. ver-
schlungen bei den Versicherungssträgern insgesamt die
Summe von 20 051 798,88 Mk.

Spezialisierte Angaben über die Aufwendung der
Anfalluntersuchungen, daß die Berufsvereinigungen
hierfür 1 540 211,32 Mk. aufgewandt haben. Die
Ausführungsbehörden und Versicherungsanstalten
gaben an Mitteln zur Unfallverhütung zusammen nur
33 425,26 Mk. aus.

Was im vorigen Jahre an dieser Stelle bei Be-
sprechung der Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen
für das Jahr 1904 schon gesagt wurde, verdient
die nachdrücklichste Wiederholung. Nicht nur die
Arbeitslosigkeit hat ein Interesse, daß ihre Gesundheit
und ihr Leben geschützt ist. Gegenüber den gewaltigen
Zahlen, Einnahmen sowohl wie Ausgaben, nimmt
sich die Summe für die Lieberwahrung der Betriebe
und zur Vermeidung von Unfällen nicht gerade glän-
zend aus.

Das gewaltige Heer der Unfallinvaliden, die
taufende und abertausende von Witwen und Waisen,
die ihren Ernährer auf dem Schlachtfelde der Arbeit
verloren haben, sie alle rufen: Mehr Arbeiter-
schutz! Die Zahlen der Unfallstatistik geben zu denken
und bilden eine wichtige Grundlage für das System
der unbefristeten Beiträge. Sie sind dem deutschen
Volke ein Mahner, und solange die relative Zahl der
Unfälle nicht abnehmend fällt, solange haben die Träger
der deutschen reichsgesetzlichen Unfallversicherung, trotz
aller Anerkennung des durch die soziale Gesetzgebung
Geschaffenen, ihre Mission nicht richtig erfüllt.

Autres devoirs de l'ouvrier syndiquer.

Dans le No. 9 de notre journal, nous vous
avons fait voir quelques devoirs d'un ouvrier
syndiqué et nous voulons aujourd'hui préciser
sur d'autres devoirs. Justement dans ce temps,
où les syndicats chrétiens sont blâmés, malmenés,
méprisés par les socialistes il est nécessaire
que les ouvriers chrétiens, se comportent de
manière à ne point tirer de blâme sur l'organisa-
tion, qu'ils sont décidés à défendre énergiquement
leurs droits, mais qu'ils sont aussi
prêts à faire leurs devoirs consciencieusement.

Nous voulons voir une fois, ce qu'un ouvrier
faisant partie du syndicat chrétien, a de
devoirs à remplir. La plupart des hommes
sont portés, à ne penser qu'à leurs droits: aux
devoirs on ne veut rien savoir ou bien très peu.
Mais cela est absurde et faux. Sans devoir,
point de droits. Qui les devoirs, même se trouvent
avant les droits. Nous pourrions dire aussi
ici: le travail d'abord, le plaisir ensuite. La
raison que l'ouvrier chrétien, c'est à dire catho-
lique ou protestant, ne peut faire partie d'une
organisation libre ou social-démocratique, nous
l'avons déjà démontré; car ils ne défendent pas
les intérêts de l'ouvrier, seulement ceux du
parti socialiste. Ce qui est sacré aux ouvriers
chrétiens, se trouve blâmé et fouler aux pieds
dans ces organisations. Devons nous nous taire
et accepter ces insultes, sans bouger et laisser
la conduite de cette bataille à nos chefs? Non!

Les temps de l'indifférence sont passés. Nous
avons conduit notre cause à la victoire, il est
nécessaire que nous y mettions aussi les mains,
et que nous combattons de même. Cela ne se
terminera pas sans blessures, mais quel est le
soldat qui reculerait devant les blessures, et
n'irait pas à la guerre? Est-ce que nous ne
dirions pas de suite qu'il est un lâche? Nous
aurons toujours des inconvénients à supporter,
dans l'usine et au chantier dans les réunions et
notre vie publique, surtout dans les endroits où
nous sommes en minorité, ou il y a peut-être
quelques-uns de nos membres qui sont en prises
avec ces rouges compagnons. Mais cela ne
devrait empêcher aucun de nos collègues à faire
valoir et à défendre ces opinions. Si nos
ennemis sont nombreux, plus nombreuse doit
être la gloire. Il faut que nous nous mettions
en garde, et nous servir de tous les moyens
permis; non pas faire comme le font nos ad-
versaires, car avec les moyens qu'ils prennent,
nous gâterions notre cause. Il faut que nous
persuasions nos ennemis par nos actes et nos
paroles, que nous ne les craignons pas, employons
chaque moyen convenables, pour leur faire voir
que notre cause est juste et droite, et surtout
qu'elle est meilleure que la leur. Combien de
gêne et d'indifférence sévissent encore dans nos
rangs. Apprenons de nos adversaires. Prenent-ils
peut être une feuille devant la bouche
pour causer? Ne cherchent-ils pas par toutes
les manières à faire accepter par d'autres, leurs
idées? Nous l'avons déjà dit; les mêmes armes
nous ne voulons pas les prendre. Avec la
force nous ne voulons imposer nos idées à per-
sonne. Mais ne rien dire après les imprécations
et les menaces de nos ennemis, cela est faire
du tort à notre cause.

Un chrétien n'a pas besoin d'avoir honte, de
dire ses opinions de christ devant ses adver-
saires. Cela est même un devoir sacré. Le
Christ lui-même la dit. «Celui qui me reniera
devant les hommes, je le renierai aussi, moi-
même», et alors il sera dit au jugement der-
nier. «Il ne vous connais pas». Nous voulons
toujours avec ces mots devant les yeux et faire
notre devoir comme doit le faire des socialistes.
Nous avons comme ouvrier syndiquer en-
core d'autres devoirs, comme cela envers les
patrons. Ici je veux particulièrement condamner
tout flatterie et toute caresse de l'ouvrier
envers les patrons, et pour cela je n'ai que du
dégout. Ses droits et son avoir doit être res-
pecté. Rien ne doit nous empêcher de donner
au patron le respect qui lui revient. Tout ou-

rier est responsable pour le travail qu'on lui
assure, tandis que le patron est responsable de
toute l'usine. Si par exemple, un édifice, un ba-
timent est mal bâti, le propriétaire ou celui qui
a commandé l'ouvrage, dirigera ces plaintes
envers l'entrepreneur, malgré que ce dernier
n'aura pas travaillé, et non envers les ou-
vriers. L'ouvrier ne donne jamais que sa force,
pour le travail qu'il fournit, et duquel il veut
avoir son salaire, tandis que le patron y a son
capital engagé, et personne ne voudra soutenir
que le travail de l'été, n'est pas un travail. Et
je comprends que la où il y a plus de risques
et de responsabilité, il doit y avoir aussi plus
de droit. Mais soyons honnêtes.

Dans beaucoup de cas, c'est toujours du
côté des ouvriers que l'on manque. Il y a
aussi des exceptions, et depuis que l'organisation
s'implante de plus en plus, les cas deviennent
plus isolés. On profite surtout d'un moment de
gêne ou le patron à les mains liées pour faire
des revendications, comme par exemple, manque
d'ouvriers, ou la marchandise doit être livrée
à une date fixe. Le patron ou le directeur et
même le contre-maitre n'osent rien dire, sans
cela ont leurs mettrait les métiers devant la
porte. Il arrive aussi souvent que l'orsque l'air
est pure, comme l'expression existe, que les
ouvriers se ramassent et forment des groupes,
causent, bavardent jouent, et laissent le travail
de côté où bien il le néglige et font de la
mauvaise besogne. Nous voyons bien souvent
que les patrons renvoient des ouvriers après
leurs avoir prévenu maintes fois à cause de
leur mauvais ouvrages, et travaillaient soit par
mauvaise volonté, où bien ils le faisait exprès,
pour fournir de la marchandise déteriorer.

Il y a beaucoup de monde, et il y en aura
tant que le monde existera, qui eroient une fois
le soir que tout est bien, que l'on ait fourni
beaucoup on peu. Devons nous nous étonner
si le patron ne félicite pas ces ouvriers là? Ou
bien qu'il soit obligé d'accepter tout sans rien
dire, jusqu'à un moment donné, il rattrape ce
qu'il a oublié? Naturellement ces ouvriers se
sont pas grand chose, et vraiment ils le
méritent, ils s'en moquent, car ils ont la peau
dure. L'inconvénient qui existe la dessous, est
que bien souvent les bons et braves ouvriers
en pâtissent, car dans une colonne il y avait
un au 2 de ces chiens-la toute la compagnie
en a subit les conséquences. C'est pour cela qu'il
est du devoir de chaque ouvrier de faire son
possible, afin qu'on ne puisse pas dire les syndiqués
chrétiens ne valent pas mieux que les autres.

Et parfois il y avait des collègues entre
nous qui ne voudrait accepter leurs devoirs
envers les patrons, nous voulons leurs faire
voir et les persuader qu'ils font mal et qu'ils
ont tort. Cela est notre devoir et nous serions
en défaut si nous ne faisons pas. Seulement,
lorsque nous accomplissons nos devoirs envers
les patrons, alors nous pouvons espérer de faire
valoir nos droits.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreilichkeiten.

Bremen.

In der hiesigen Industrie sind die Löhne der
Arbeiter und Arbeiterinnen die denkbar niedrigsten.
Für das verflossene Geschäftsjahr erzielte nur die
Firma „Jutezinnerei und Weberei Bremen“ einen
Reingewinn von über 500 000 Mk., bei großen Ab-
schreibungen. Da wäre es doch wohl auch für die
hiesigen Arbeiter an der Zeit, nun auch für sich
bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen.
Das würde den Arbeitern möglich sein, wenn sie
einig wären. Die hiesigen „freien“ Gewerkschaftler
erblicken aber ihre vornehmste Aufgabe darin, gegen
den christlichen Verband und die christlich organi-
sierten Arbeiter zu gehen. Sogar die beiden Herren
Vorpräsidenten „suchen in Verleumdungen und
in der Verspottung der christlichen Arbeiter das
Möglichste zu leisten. Getreu dem Grundsatz, Re-
ligion ist Privatangelegenheit, benutzt man sogar öffentliche
Versammlungen dazu, um die Religion und ihre
Vertreter zu beschimpfen. Man plant jetzt eine
Lohnbewegung auf der Jutezinnerei, ja man hat schon
bereits die Lohnforderungen durchberaten, aber es
ist noch nicht für nötig befunden, auch von unserer
Seite einen Kollegen als Berater und als Mit-
bestimmer heranzuziehen. Wir wollen aber nicht
bloß Mitläufer der „Freien“ sein, sondern das selbst
Recht haben wie diese Leute. Will man uns nicht
mit zu Rate ziehen, nun gut, wir gehen unsere
eigenen Wege. Wirft man uns den Fehdehandschuh
hin, wir heben ihn auf! Will man den Kampf, so
soll der Kampf geführt werden! Makellos und rein
und blut ist der Schild der christlichen Gewerks-
chaften und soll es in Zukunft auch bleiben! Die
„Genossen“ glauben, die christlichen Verbände in
Bremen vernichten zu können. Hoffentlich werden
die „Genossen“ bald einsehen, wie töricht diese Hoff-
nung ist. Soviel steht fest: die christlichen Organi-
sationen werden in Bremen wachsen und gedeihen,
trotz der Anfeindungen der Herren „Genossen“. Ihr
aber, Kollegen und Kolleginnen, die ihr den Mut
habt, euch christlich zu nennen, agitiert und sorgt
dafür, daß unser Verband immer weiter wachse,
zum Wohle auch der ganzen Arbeiterschaft.

Bocholt.

Die Weber der Firma H. Beckmann Söhne klagen
seit längerer Zeit über zu niedrige Entlohnung
der Webwaren und sonstige Mängel. Auf ver-
schiedenen Fabriksprechungen wurde hierzu Stellung
genommen und beschloffen, eine Kommission zu
wählen, welche eine genaue Prüfung der einzelnen
Artikel vornehmen sollte. Nach verlässlicher Ueber-
legung wurde ein Antrag den Arbeitgebern unter-
breitet, wonach folgende Forderungen eingeführt
werden sollten:

- 1) Für schlecht entlohnte Artikel eine Lohnerhöhung.
 - 2) Ausbügung einer Lohnliste in der Weberei.
 - 3) Vergütung für defekte Ketten.
 - 4) Vergütung für Warten auf Material.
 - 5) Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit.
 - 6) Anerkennung eines Arbeiterauschusses.
- Nach mehrmaligen Vorfällen seitens der
Arbeiter wurde durch beiderseitiges Entgegenkommen

eine vollständige Einigung erzielt. Eine Lohn-
erhöhung von 5 bis 12 Prozent wurde bewilligt
und die übrigen Punkte genehmigt. Hieraus erzieht
man, wie erfolgreich die Arbeiterschaft eine Ver-
besserung erzielen kann, wenn sie einig ist. Die
leeren Redensarten, die vielfach von den unorgani-
sierten Arbeitern ausgesprochen werden, wie: „Es
nißt ja doch nichts“, sind durch den Erfolg der Ar-
beiterschaft der Firma H. Beckmann Söhne, die fast
sämtlich in unserem Verbande organisiert ist, wider-
legt worden. Das kluge und beionene Vorgehen
unseres Verbandes verspricht den Arbeitern einen
Erfolg. Deshalb rufen wir der Arbeiterschaft
Vorbild zu: Schließt euch dem Zentralverbande
christlicher Textilarbeiter an, der in ruhiger aber
auch entschiedener Weise die berechtigten Wünsche
einer Mitglieder vertreten wird!

Gronau i. W.

Mit einem Erfolg für die Kollegen endete eine
Bewegung auf der hiesigen Spinnerei Deutschland.
Den Toppeln und Abjchern wurde eine 8-prozentige
Lohnerhöhung bewilligt. Auf mehreren Fabrik-
versammlungen waren die Forderungen der Arbeiter
besprochen worden und kam die Firma diesen im
genannten Sinne entgegen. Diesen Erfolg mögen
besonders jene Arbeiter beherzigen, die fortwährend
rufen: „Der Verband nißt ja doch nichts.“ Aller-
dings sind auch jene Elemente nicht auf ihre Rech-
nung gekommen, die unter allen Umständen vom
Verbande einen Streit inszeniert sehen möchten.
Wir rechnen es uns gerade zum besonderen Erfolg
an, auf friedlichem Wege für die Kollegen materielle
Vorteile zu erringen. Wir wissen, daß damit auch
den Kollegen am besten gebient ist. Die organisierten
Arbeiter und Arbeiterinnen der Spinnerei
Deutschland besonders haben alle Veranlassung, nicht
allein dem Verbande treu zu bleiben, sondern auch
durch eine unerermüdbliche Agitation neue Streiter für
unsere gerechte Sache hinzuzugewinnen versuchen.

Murg (Baden).

Die schon seit längerer Zeit bestehenden Diffe-
renzen bei der hiesigen Wuntweberei sind nun be-
gegnet. Schon vor mehreren Monaten sind die
Arbeiter an die Betriebsleitung herantreten mit
der Forderung, einen neuen Lohnsatz einzuführen.
Es ist dann auch von der Arbeiterschaft ein Tarif
ausgearbeitet worden, der wesentliche Veränderungen
in sich schloß. Es ist darin das bisher übliche
Prämienystem in Wegfall gebracht, ferner die Ent-
lohnung der Stücke nach Meter vorgezogen und eine
Lohnerhöhung mit berechnet. Wohl sind nicht alle
Wünsche der Arbeiter erfüllt worden. Seitens der
Firma wurden folgende Zugeständnisse gemacht: das
Prämienystem wurde abgeschafft, die Stücke werden
nun nach Meter entlohnt und eine kleine Lohn-
erhöhung wurde zugestanden, aber nicht in dem
Maße, wie dies von den Arbeitern gefordert wurde.
Ferner wurden auch sonst einige kleinere Miß-
stände abgeklärt. Obgleich nun die Wünsche der
Arbeiter nicht in dem Maße durchgeführt wurden,
wie man es hätte erwarten können, so ist doch ein-
mal eine Grundlage geschaffen, auf der man weiter-
bauen kann. Den Arbeitern und Arbeiterinnen aber
rufen wir zu: Haltet stets fest und treu zur Organi-
sation und sorgt aber auch durch ständige Agitation
dafür, daß die noch fernstehenden unserem Ver-
bande beitreten. Den schon Organisierten rufen wir
zu: Sucht durch stetes Studium unseres Verbands-
organs und sonst möglicher Literatur euer geistigen
Fähigkeiten wahrzunehmen, damit ihr tüchtige Gewerks-
chaftler werdet.

Bieren.

Die Textilarbeiter Bieren regen sich, das be-
weist uns folgende Tatsache:
In den nachfolgenden Fabriken haben sich die
Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation ange-
schlossen, um durch dieselbe bessere Lohn- und Ar-
beitsbedingungen zu erzielen: Bongu u. Jahn, Cord-
und Nesselweber, Erwald Corty Söhne, mech.
Seidenweberei, Karl Nesselberg, mech. Seidenweb-
erei, Bierenener Seidenweberei im Kloster, Alt-
Spinnerei Bieren, Braun, Stiefelweberei, Dierje,
Santappretur, Böckler, Wipretur.

Mit Hilfe der Organisation versuchen die be-
treffenden Arbeiter, sich bessere Lohn- und Arbeits-
bedingungen zu verschaffen. Das ist bei folgenden
Firmen bisheran auf friedlichem Wege gelungen:
Braun, Erhöhung der Lohnsätze, Regelung der
Arbeitsstunden, Regelung der Arbeitszeit; Dierje,
Erhöhung der Lohnsätze, bessere Bezahlung der Ueber-
stunden; Erwald Corty Söhne, Abschaffung ver-
schiedener Mißstände, teilweise Erhöhung der Löhne für
Weber und Weberinnen, für Pfänder, Winderinnen
und Scheererinnen. Hiergegen haben die Andreeher
und Passierer dort die Arbeit niedergelegt, weil die
Firma denselben, aus uns unerklärlichen
Gründen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ganz
bedeutend verschlechterte. Bezug ist streng
fernzuhalten.

Bei den anderen Firmen gelingt es hoffentlich, in
friedlicher Weise die bestehenden Differenzen zu
schlichten. Den Textilarbeitern Bieren aber rufen
wir zu: Hinein in die Organisation! Wie
notwendig es ist, daß sich die Bieren Arbeiter und
Arbeiterinnen organisieren, beweist folgender Fall.

Bei der Firma Spuer und Janzen verdiente eine
Scheererin in 14 Tagen 24,01 Mk. Von diesem
Lohne wurden der betreffenden Arbeiterin 10,50
Mk. abgezogen. Weist ein Lohn in 14 Tagen
von 13,51 Mk. Das sagen unsere organisierten
Arbeiter und Arbeiterinnen von derartigen Löhnen?
Gewiß ein auskömmlicher Lohn was? —
Was sagt die Bürgererschaft von Bieren von derart
„humanen“ Herren? Die betreffende Firma ist eine
derjenigen, wo gewöhnliche Arbeiter aus Wassenberg
das Dreifachsystem einführen wollen. Nun, wir
werden auf die Sache noch zurückkommen. Augen-
blicklich genügt dieses.

Jedoch noch eins müssen wir erwähnen: auch die
Arbeiter der Firma Kainers Raffgeschäft haben sich
organisiert. Auch in dem dortigen Betriebe liegt
vieles im Argen und wir werden auch hier Gelegen-
heit haben, die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen.
Wir bitten die organisierten Kolleginnen und
Kollegen allerorts, den Bezug von Bieren fernzu-
halten. Die Bieren Arbeiterinnen und Kollegen,
welche sich der Organisation noch nicht angeschlossen
haben, mögen ersuchen, daß es für sie die höchste
Zeit dazu ist.

Aus dem Verbandsgebiete.

Bocholt. In unserer öffentlichen Versammlung
vom 8. April hielt Kollege Köhling-Völkher einen
sehr lehrreichen Vortrag über das „Vollgericht“

am 25. Januar und die Bedeutung desselben für
die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Mit
spannender Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den
Ausführungen des Redners. Auf das Referat
wollten wir nicht näher eingehen, sondern es ist
Pflicht aller Mitglieder, unsere Versammlungen zu
besuchen, damit solche hochwichtigen Vorträge auch
gehört werden. An der Debatte beteiligte sich
Kollege Venjing, der die Kollegen ersuchte, die Worte
des Referenten zu beherzigen. Im Schlußwort
forderte Kollege Köhling die Mitglieder auf, sich
geistig zu schulen, um agitatorisch für unseren Ver-
band tätig sein zu können. Mit Dankworten an
den Referenten und die Zuhörer wurde die Ver-
sammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Bremen. Schon lange war unsere Mitglieder-
versammlung nicht so gut besucht wie die letzte,
welche am 11. März stattfand. Kollege Pratz er-
stattete den Quartalsbericht. Hervorzuheben ist, daß
unsere Ortsgruppe trotz der verschiedenen Ver-
änderungen von gegnerischer Seite Fortschritte macht.
Wir wollen auch hoffen, daß in Zukunft noch mehr
intensive Arbeit geleistet wird. Kollege Stern er-
stattete den Kartellbericht. Auch das hiesige Orts-
kartell ist im Weiterwachen begriffen. Kollege Post
wurde einstimmig zum zweiten Kartelldelegierten
gewählt. Sodann ergriff Kollege Liehr das Wort,
welcher uns genaue Instruktionen gab, wie wir uns
bei einer eventuellen Lohnbewegung zu verhalten
haben. Besonders wurde auch getadelt, daß noch
immer von einigen Kollegen zu wenig Opfermut
gezeigt wird. Hoffentlich wird es auch in dieser
Beziehung bald besser. Nur durch tüchtige Ver-
arbeit, nur durch positives Arbeiten kann etwas erreicht
werden. Jeder einzelne soll und muß ein Pionier
der christlichen Arbeiterbewegung sein und mitfehlen,
die Brücken zu bauen, auf denen tausende von Ar-
beitern zu uns herübermarschieren sollen. Und
wenn ein jeder so arbeitet, so seine Pflicht erfüllt,
wird es hier in Bremen an Erfolg nicht fehlen.
Es wurde auch bekannt gemacht, daß die Mitglieds-
bücher zur Kontrolle eingezogen werden. Ferner
wurde einstimmig beschlossen, daß unsere Mitglieder-
versammlung immer jeden ersten Donnerstag nach
der Zahlung stattfindet. Mit einer Aufforderung,
die Versammlungen immer gut zu besuchen, endete
die schon verlaufene Versammlung.

Gaußstadt. In unserer am 7. April abgehaltenen
öffentlichen Versammlung referierte Herr Rechtsan-
walt Graf von Pestalozza aus Nürnberg über „Die
soziale Bedeutung der Gewerbegerichte.“ Kollege
Buchfelder begrüßte die zahlreich erschienenen und
entbot namentlich Herrn Pörrer-Mausbacher wärmsten
Gruß und Dank, daß derselbe stets warm für unsere
Bestrebungen eingetreten sei. Darauf hielt der Re-
ferent einen vorzüglichen Vortrag über Geschichte
und Bedeutung der Gewerbegerichte.

Wir sprechen dem Herrn Grafen von Pestalozza
auch an dieser Stelle unser verbindlichsten Dank
aus und hoffen, daß er uns recht bald wieder mit
einem Vortrage besuchen wird. Den Schluß des
sehr erakten und gemeinverständlichen Referates
bildet der Wunsch, daß in Wäde die Arbeiterschaft
Gaußstadt dem Gewerbegericht angeschlossen werde.
Dies mit allen Mitteln anzustreben, sei Pflicht der
christlichen Gewerkschaft. In der sich anschließenden
Diskussion führte Kollege Geier-Augsburg noch aus:
daß, wenn irgendwo an einem Orte oder in einer
Branche die Errichtung eines Gewerbegerichts
notwendig sei, so sei dies für Gaußstadt und insbeson-
dere für die Gaußstädter Textilindustrie der Fall.

Seitens der Versammlung wurde sodann ein-
stimmig folgende Resolution angenommen:

Die heute am 7. April im Gasthaus zum Schwein-
furter Hof in Gaußstadt sehr gut besuchte Versammlun-
g nimmt Kenntnis von den Ausführungen des
Herrn Referenten über die Notwendigkeit und die
große Bedeutung der Gewerbegerichte. Die Ver-
sammlung richtet an die Gemeindeverwaltung von
Gaußstadt die dringende Bitte, recht bald die nötigen
Schritte unternehmen zu wollen, daß auch am hie-
sigen Orte entweder ein eigenes Gewerbegericht ge-
schaffen oder aber ein Zusammenhluß mit dem
Gewerbegericht in Bamberg herbeigeführt werde.
Die Versammlung glaubt bei der hiesigen Gemein-
deverwaltung so viel soziales Verständnis voraussetzen
zu dürfen, daß erlaut wird, daß die Errichtung
eines so wichtigen Instituts eine der brennendsten
Fragen für Gaußstadt ist und gibt der Hoffnung Aus-
druck, daß dem Verlangen der Arbeiterschaft nichts
im Wege stehe, im Interesse des sozialen Friedens.

Hannover-Linden. Einen recht erfruchtigen
Verlauf nahm unsere am 9. April einberufene
christl. Textilarbeiterversammlung. Der Vorsitzende
bot der recht zahlreich erschienenen seinen Will-
kommengruß und erteilte hierauf dem Zentralvor-
sitzenden Kollegen Schiffer das Wort zu seinem Re-
ferat, welchem das Thema zugrunde gelegt war: „Die
Erfolge versprechende Interessenvertretung in den
christl. Gewerkschaften.“ Referent betonte, daß ihm
hier ein weites Feld eingeräumt sei, welches ihm
die Möglichkeit biete, sich nach jeder Seite beliebig
auszudehnen. Um aber den vollständig erschienenen
Teilnehmern an dem 3. J. hier tagenden IV. evan-
gelisch-sozialen Ausbildungskursus Gelegenheit zu
geben, sich möglichst zahlreich an der Diskussion zu
beteiligen, wolle er sich kurz fassen. Redner schloß
seine trefflichen Ausführungen mit dem Wunsche, daß
ein jeder christl. Gewerkschaftler und jede christl.
Gewerkschaftlerin ihre Schuldigkeit tun möchten,
dann wäre die Zukunft unser.

Bei Beginn der Diskussion glaubte man, der an-
wesende freigestellte Beamte der „freien“ Gewerks-
schaft würde sich zum Worte melden, aber weit ge-
fehlt. Wohl wurden während des Vortrages einige
Zwischenrufe laut, welche sich wie ein klägliches
Murmern eines Schwerbedrängten anhörten, aber
das Wort zur Diskussion zu nehmen, da war man
zu „kühn“. Als nun Kollege Beer aus Oetz als
erster Diskussionsredner das Sündenregister der
„Freien“ aufschlug, da hielt der gute „Genosse“ seine
Zeit für gekommen, um möglichst schnell das Polen-
panier zu ergreifen. Dies ist unumkehrbar zu verwun-
dern, da man von diesem Genossen doch gewohnt ist,
ihn immer mit möglichst vollen Waden blasen zu
sehen. Hier tat er jedoch nur den Mund spizen, aber
zum Pfeifen fehlte ihm die Luft. Nachdem noch
Diskussionsredner aus allen Gegenden Deutschlands
gesprochen hatten, sprach Kollege Schiffer das Schluß-
wort, und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch
auf die christl. Gewerkschaft wurde die glänzend
verlaufene Versammlung geschlossen.

Nordhorn. Unter der Epikurische Vermahlung
vom 8. April hielt Kollege Köhling-Völkher einen
sehr lehrreichen Vortrag über das „Vollgericht“

horn einen Artikel, der sich mit einem Vorkommis bei der Firma W. Rave u. Cie. beschäftigt. Die „Roten“ sollen an dem Zustandekommen des fraglichen Schriftstücks schuld gewesen sein und deshalb einer der Roten getündigt sein. Weil nun die Christlichen nicht sorgten, daß die Kündigung zurückgenommen würde, deshalb sei auf diese Leute kein Verlaß.

Wir fragen, weshalb rührte wohl der „rote“ Vorstand keinen Finger für den Belündigten?

Wo war der Mut der „Roten“ als das Schriftstück überreicht werden sollte?

Wo war der Mut des „roten“, Ausschussmitgliedes, als er die anderen allein beim Betriebsleiter ließ?

Mit Recht sagen wir: „Auf diese Leute ist kein Verlaß“. Sollten diese Anfragen nicht beantwortet werden, dann wird man von hier noch deutlicher werden.

Ordnung (West). Auch hier beginnt die christliche Gewerkschaftsbewegung Fuß zu fassen. Zwar ist die Zahl der hiesigen, in unserem Verband organisierten Arbeiter noch nicht groß, doch hoffen wir durch eine gute Agitation die Fernstehenden zu gewinnen. Auf der Versammlung am Sonntag sprach Kollege Deutmann-Gronau über die Verdrängung und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Mehrere Kollegen ließen sich aufnehmen. Leider hält eine unbegründete Furcht vor Waßregelung die Arbeiter noch zurück. Hoffentlich legt sich diese Furcht bald und aus den 65 Mitgliedern, die wir heute haben, werden 650. Es sind in Ostrop weit über 1000 Textilarbeiter beschäftigt. Darum auf zu eifriger Agitation!

Ostrop. Bei der am 24. März abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden die Kollegen M. Ebermann und J. Richter als Rechnungsrevisoren für 1907 bestimmt. Eine ganze Anzahl Bauhandwerker war der Einladung gefolgt und zu dieser Versammlung erschienen. Der Gauleiter des christlichen Bauhandwerkerverbandes, H. Müller aus Görlitz, legte in klaren verständlichen Worten die Notwendigkeit der christl. Berufsorganisation dar. Er verbreitete sich über Gründung, Entwicklung und Aufgabe der christl. Gewerkschaften und hoffte, daß das Osterfest auch für die hiesigen Arbeiter die Bedeutung haben möge, daß alle christlich-national gesinnten Arbeiter und Arbeiterinnen den christl. Berufsorganisationen beitreten möchten. Nachdem meldeten sich 15 Mann dem christl. Bauhandwerkerverbande an. Es wurde für Ostrop eine Ortsgruppe des christlich-nationalen Bauhandwerkerverbandes gegründet. Nachdem noch Verschiedenes erledigt war, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf das Wohl und Gedeihen der neugegründeten Ortsgruppe die schon verlaufene Versammlung.

NB. Kollegen und Kolleginnen! Mag die Gründung dieser Ortsgruppe auch für uns ein Ansporn sein, mehr als bisher zu agitieren, damit wir als die älteste Gruppe auch die stärkste an Mitgliedern werden. Drum agitiert, leset fleißig das Verbandsorgan und besucht besser als bisher die Versammlungen. Nächste Versammlung findet Sonntag, den 28. April, nachmittags 4 Uhr im „Weißen Hof“ statt.

Seitendorf. Zu der am 17. März stattgefundenen Monatsversammlung kam auch die Sachabteilungsberegung zur Sprache. Es wurde mitgeteilt, daß die hiesige Sachabteilung der „Berg- und Hüttenarbeiter“ nun auch Mitglieder aufnehmen, welche der evangelischen Konfession angehören und das tatsächliche auch solche bereits aufgenommen worden sind. Ja noch mehr, man sagt sogar, daß hätte immer schon gehen dürfen, nur wir Christlichen hätten ausgerechnet, sie dürften dies nicht. Na also! Will man damit die Unterschiede mit den christlichen Gewerkschaften verwischen und uns Kontroversen machen? Dann fällt aber die ganze Sachabteilungswelt und Bewegung in sich zusammen. Wir können uns ob des Organisationswechsels herzlich freuen, wenn er beweist im letzten Grunde nur die Mächtigkeit unserer Ideen und das Unpraktische einer konfessionellen Gewerkschaft. Es muß verzwweifelt werden um die „berufliche Sachabteilung“ bestellt sein, wenn zu solchen Mitteln greifen werden muß, um der Bewegung Zeit und Kraft einzusparen. Mehr über dieses Segeln unter jählicher Flagge zu sagen ist überflüssig. Es richtet sich selbst.

Schwelm. Das Organisationsverhältnis soll nach Ansicht vieler Kollegen hier im Industriegebiet allen voran sein. Wir am Orte sind aber besser unterrichtet. Etwa 80 Prozent sind unorganisiert. „Es muß ja doch nichts.“ Die Stellung der geistigen und materiellen Lage, die Stellung und Bildung und die Ideale der christlichen Arbeiterbewegung sind bei diesen überflüssiges Zeug. Aber auch unsere Mitglieder sind, nach dem Organisationswechsel zu urteilen, allgemein der Ansicht, sie seien über alles erhaben. Kollege Spanacher, Lokalbeamter für die berg. Gruppen, hat die drei letzten Monatsversammlungen besucht und jedes Mal war ein scharfer Besuch leitend der Mitglieder zu verzeichnen. Ja der Februarversammlung waren mit Vorwand und Referat sechs und ich habe zehn Mann anwesend. Sämtliche Mitglieder waren persönlich eingeladen. Aber alle hiesigen Tagesarbeiten wurde am 6. April noch weit in den Schichten geteilt. Vorsitzender, Kassierer und Referent — und keiner mehr. Wo waren die abtrünnigen Vorstandsmitglieder, Kassierkonferenzen, Vertrauensmänner und Mitglieder? Die drei Genannten besuchten die Meinungsabstimmung und haben dort um Unterstützung für die schlecht gelohnten und rücksichtslosigen Zentralrat. Sie fanden aber auch dort einige Gewerkschaftler. Christlich organisierte Textilarbeiter von Schwelm! Sollen wir uns noch länger so herumplagen und blamieren? Sollen wir durch die anhaltende Interesselosigkeit unsere Ortsgruppe selbst erlösen, auf unsere Rechte verzichten, unsere Ideale, die Gleichberechtigung und die christliche Weltanschauung mit Füßen treten, indem wir unseren Gegnern und Feinden freiwillig das Feld räumen? Wenn die Versammlungen nicht interessant genug sind, so trägt ihr selbst die Schuld. Gemüht euch des Vortals, die Zeit der Vorstand über der Referent nicht, so sorgt für Abhilfe, ihr habt es in der Hand. Alle Gruppen hier und in der Umgegend überleben nur, wenn bei uns kann man aus dem Winterdickicht noch nicht erlösen. Die organisierten Kolleginnen sind für uns Männer ein beachtenswertes Beispiel. Hörend man allerdings die günstige Situation anknüpft zur eifriger Agitation, glauben unsere Schwelmer Kollegen schon genug getan zu haben, wenn sie 35 Pfg. Beitrag bezahlen. Alles andere überläßt man dann seinem Schicksal. Kommt einmal eine scharfe Konjunktur, dann wird man es bereuen. Auch ist es Zeit, Kollegen! Zur nächsten Versammlung erwarten wir euch alle. Ein

auswärtiger Redner wird über Agitation reden. Fort mit der Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit. Kommet, und jeder bringe einen Unorganisierten mit. Wir wollen und müssen gemeinsam schaffen. Wer fehlt in der nächsten Versammlung?

Säckingen. Von eifrigem gewerkschaftlichen Geiste war unsere letzte Generalversammlung besetzt, welche am 10. April stattfand. Besonders waren die Kolleginnen ziemlich stark vertreten. Nach Eröffnung durch unseren Vorsitzenden wurde das Wort zuerst dem Schriftführer, Kollegen Hottinger erteilt, welcher in leicht verständlichen Ausführungen Bericht erstattete über die Beschlüsse vom ersten Quartal. Hierauf hielt unser Lokalbeamter, Kollege Kiefer, einen nach Form und Inhalt guten Vortrag über das Thema: „Der innere Ausbau der christlichen Organisationen und ihre Bestrebungen.“ Unser Schriftführer nahm darauf noch einmal das Wort und erstellte Auskunft über die in Basel stattgefundene Konferenz zur Einführung der einheitlichen Lohnkarte. Er erläuterte die von der Kommission ausgearbeiteten Fragebogen für die Seidenbandweberei, worauf dann die gedruckten Voten an die Anwesenden verteilt wurden.

NB. Den nicht anwesenden Mitgliedern werden diese Fragebogen durch die Vertrauensleute zugehen. Es wird noch bemerkt, daß diese Fragebogen wahrheitsgetreu ausgefüllt werden müssen, ebenso muß noch gemahnt werden, um Irrtum vorzubeugen, daß bei der Rubrik zwei: „Was für eine Lade ist es?“ noch hinzugefügt werden soll: „Wie viele Läufe (Gänge) die Lade hat.“ Auch wird hiermit angezeigt, daß am Sonntag, den 28. April, in Obermumpf (Schweiz), nachmittags 3 Uhr, im „Höfle“ eine öffentliche Versammlung ist. Hoffentlich werden die dortigen Kollegen für ein vollbesetztes Haus Sorge tragen.

Gewerkschaftliche u. soziale Rundschau.

Heimarbeitsausstellung in Frankfurt a. M. 1907.

Der wissenschaftliche Ausschuss der Heimarbeitsausstellung hat einen Fragebogen nebst Erläuterungen und Richtlinien für die Mitarbeiter herausgegeben. Aus ihnen ist ersichtlich, daß die Vorbereiter der Ausstellung mit aller Gründlichkeit vorgehen. Ueber die Aufgabe der Mitarbeiter wird u. a. gesagt:

Das Sammeln von Gegenständen wird in den meisten Fällen erst in den letzten Wochen vor Eröffnung der Ausstellung zu erfolgen brauchen. Die Mitarbeiter müssen aber schon zeitig feststellen, welche Produkte für die Ausstellung in Betracht kommen. Sie müssen dann genau untersuchen, unter welchen Umständen und Bedingungen diese Waren hergestellt worden sind. Wenn es sich auch in erster Linie um eine Darstellung des Typischen handelt, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß auch von dem Durchschnitt abweichende Fälle, zum Beispiel solche, in denen sehr niedrige oder sehr hohe Löhne ausgezahlt werden, zur Darstellung gelangen. In solchen Fällen ist eine eingehende Darlegung aller besonderen Umstände, die das Abweichen von der Regel hervorgerufen haben, erforderlich. Die Darstellung der einzelnen, normalen und anomalen Fälle muß in solcher Ordnung erfolgen, daß sie ein Bild des gesamten wirtschaftlichen und sozialen Lebens des Heimarbeiters oder der Heimarbeiterfamilie gibt. Alles zur Beurteilung der Produkte der Heimarbeit Beizentliche soll kurz zusammengefaßt werden. Diese Bemerkungen sollen den auszustellenden Waren als „Erläuterung“ beigelegt werden. Die Ausstellung kann veranlaßt werden, sobald genug Produkte der Heimarbeit in der angegebenen Weise beigelegt und „etikettiert“ worden sind. Daraus ergibt sich, daß die Mitarbeiter vor allen Dingen auf das Aussehen und die Etikettierung geeigneter Produkte der Heimarbeit ihr Augenmerk richten müssen. Wünschenswert ist ferner die Beschaffung von jungem Anziehungsmaterial, wie Bildern, Photographien, Modellen, Karten und Tafeln. Notwendig ist außerdem eine Beschreibung der besonderen Verhältnisse in jedem einzelnen Zweige der Heimarbeit. Die Punkte, die hierbei ins Auge zu fassen sind, ergeben sich aus dem Fragebogen.

Der Fragebogen ist ziemlich umfangreich und enthält folgende Rubriken: 1) Umfang der Heimarbeit, 2) Fachart der Arbeitsverhältnisse, 3) Wirtschaftliche Verhältnisse, 4) Soziale Verhältnisse, 5) Allgemeines (Gesundheitliches, Organisation u. a.). Darnach darf man erwarten, ein möglichst vollständiges Bild der Heimarbeitsverhältnisse zu erlangen. Interessieren dürfte auch die Zusammenfassung des wissenschaftlichen Ausschusses. Er besteht aus folgenden Personen:

Prof. Arndt, Vorsitzender, Prof. Dr. Berghoff-Jung (Darmstadt), Prof. Dr. Viermer (Gießen), Stadtrat Prof. Dr. Weidner, Gewerkschaftssekretär Dörfler, Fabrikant F. H. Cyprien, Frau Landgerichtsrat Gachler, Fabrikant S. Gammann, Prof. Dr. Göttsch (Heidelberg), Syndikus Dr. Grambow (Gannau), Regierungsrat Dr. Lehmann (Weisbaden), Dr. Petrus, Geschäftsführer Dr. R. Duval, Prof. Dr. Raubgen (Heidelberg), Gewerkschaftssekretär Riederer, Prof. Dr. Schanz (Münster), Syndikus Schloßmacher (Düsseldorf), Prof. Dr. Siebeling (Münster), Prof. Dr. Stein, Fabrikant F. Sternberg, Prof. Dr. Tschupp (Münster), Prof. Dr. U. Vogt, Vorsitzender des Fortschrittlichen-Verbandes Weimlich (Düsseldorf). Das Bureau der Ausstellung befindet sich in Frankfurt a. M., Jordanstraße 17/21.

Stellen die Arbeitsbedingungen der Tarifverträge auch für Arbeiter, welche an dem Abschluß der Tarife nicht beteiligt sind?

Die Arbeitsbedingungen betreffen sich in dankenswerter Weise in steigendem Maße mit den Tarifvereinbarungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Eine der wichtigsten, bisher noch wenig geklärten Fragen ist die, ob die tariflich festgelegten Löhne auch für solche Arbeiter gelten, welche nicht direkt beim Tarifabschluß mitgewirkt haben, d. h., ob ein solcher Arbeiter den Tariflohn herausfordern kann, auch wenn er zu niedrigeren Löhnen die Arbeit ausgeübt hat. Ueber diese Frage schreibt Herr Dr. Kienast in der Zeitschrift „Preise, Buch, Papier“ in der Nummer vom 23. Februar d. J. folgendes:

„Aber vor was die Sache einmal so, daß für einen gewissen Industriezweig in der Stadt A. ein Tarifvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen worden ist und daß erst nachdem dies geschehen, der Arbeiter A. zugewandert ist. Er hat bei den Tarifverhandlungen, die den Tarif herbeiführten, nicht mitgewirkt, sondern er ist erst nachher zugewandert. Hat er aber die Frage nicht, was er tun soll, wenn er den Tariflohn herausfordern will, auch wenn er zu niedrigeren Löhnen die Arbeit ausgeübt hat. Ueber diese Frage schreibt Herr Dr. Kienast in der Zeitschrift „Preise, Buch, Papier“ in der Nummer vom 23. Februar d. J. folgendes:

„So lag die Sache in einem Falle, den das Gewerkschaftsorgan in Hannover durch Entschlossen vom 23. Sept. 1906 eingehend erörtert hat. Der Tarif, der hier in Betracht kommt, ist ein Tarif, der die Arbeiter, wie ihn

gang junge Gesellen nach oben erst vollendeter Lehrzeit zu beanspruchen hätten, für die Stunde 33 Pfg. bezogen sollte, der Besagte aber hatte den Klager, als er sich um Arbeit meldete, einen Stundenlohn von nur 30 Pfg. vorgeschlagen, und jener war darauf ohne weiteres eingegangen, weil diese Vergütung ihm als ausreichend erschien und weil ihm davon, daß ein Tarifvertrag bestesse, nach dem er gänzlich unbekannt sei, nichts bekannt war. Als der Vertrag zustande kam, war A., der Klager im gegenwärtigen Prozesse, noch nicht an dem Orte selbst anwesend, er hatte nur, als er die Stadt passierte, dort seine Fahrt unterbrochen, um sich ein Unterkommen zu verschaffen, war dann nach Vollendung seiner Reise an seinen ursprünglichen Wohnsitz zurückgekommen und erst später an den Ort seiner neuen Beschäftigung abgereist und dort sogleich bei dem Beklagten in Arbeit getreten.

Nach wenigen Tagen schon hatten ihn seine Berufsgenossen natürlich über die Sache aufklärt, und insbesondere hatte der Gesellenausschuss von ihm geradezu verlangt, daß er unter dem Mindesttarife nicht arbeite, also einen Zuschlag von 3 Pfg. für die Stunde verlange. Um die Frage nun, ob der Besagte angesichts der soeben geschiedenen Sachlage zu einer Erhöhung des Lohnes und zur Nachzahlung für die bereits abgelaufene Zeit verpflichtet sei, dreht sich der Rechtsstreit, der mit der Abweisung der Klage endete. Die Entscheidungsgründe selbst gehen auf das Wesen des Tarifvertrages und auf die Grenzen, innerhalb deren er wirksam wird, mit Ausführungen von grundlegenden Bedeutung ein, deren Ergebnis in kurzer Zusammenfassung folgendes ist:

Wenn eine Mehrheit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Tarifvertrag abschließen, so unterliegt es allerdings keinem Zweifel, daß beide Teile an den Vertrag gebunden sind. Der Tarifvertrag ist ein zweiseitiges Rechtsgeschäft, das die Bedingungen regelt, unter denen künftige Arbeitsverträge abgeschlossen werden sollen. Die Parteien binden sich damit bezüglich gewisser Bestimmungen der später abzuschließenden Arbeitsverträge im voraus, das ist gerade Ziel und Zweck des Tarifvertrages. Die zwischen dem Klager und dem Beklagten getroffene Vereinbarung auf einen Stundenlohn von 30 Pfg. würde hiernach also nichtig sein, Klager könnte den tarifmäßigen Lohn von 33 Pfg. beanspruchen, wenn er zu den Personen gehörte, die den Tarifvertrag abgeschlossen haben oder ihm etwa später beigetreten sind. Daß die Bestimmungen eines Tarifvertrages nicht ohne weiteres auch denjenigen Personen zugute kommen, die außerhalb der Kategorien der vertragschließenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer stehen, unterliegt keinem Zweifel, wenn zwischen diesen Personen Arbeitsverträge anderen Inhalts abgeschlossen werden. Es steht aber fest, daß Klager bei dem Abschluß des Tarifvertrages nicht beteiligt gewesen ist, da er derzeit garnicht in Hannover war. Sonstige Willenserklärungen, aus denen sich folgern ließe, daß der Tarifvertrag auch auf den Klager solle Anwendung finden, liegen nicht vor. Im Gegenteil, Klager hat selbst zugegeben, daß er den Tarifvertrag gar nicht gekannt und einen mit den Bestimmungen des Tarifvertrages nicht in Einklang stehenden Lohn vereinbart hat. Beide Tatsachen beweisen zur Genüge, daß Klager weder ausdrücklich noch stillschweigend dem Tarifvertrage beigetreten ist. Hiernach folgt, daß der Tarifvertrag auf den Klager keine Anwendung finden, vielmehr die Vereinbarung, daß er pro Stunde nur 30 Pfg. erhalten sollte, als rechtsverbindlich angesehen werden muß.

Soweit die Darstellung Dr. Villenfelts. Unseres Erachtens beruht das Urteil des Gewerbegerichts Hannover auf einer falschen Auffassung des Tarifvertragswesens. Es ist in der Darlegung leider nicht angegeben, um welches Gewerbe es sich handelt, jedoch eine Nachprüfung nicht gut möglich ist. Aber abgesehen davon ist wohl anzunehmen, daß dieser Tarif wie alle Tarife, nicht bloß abgeschlossen ist für den jeweiligen Kreis der Personen, welche zufällig beim Abschluß des Tarifvertrages beschäftigt waren, sondern für das Gewerbe überhaupt, d. h. die tariflichen Arbeitsbedingungen sollen ohne weiteres als Regel gelten für alle, welche während seiner Dauer im Gewerbe Arbeit finden und nehmen. Sabe man dem Tarif eine andere Bedeutung, so wäre der Durchbruch des Tarifes Tür und Tor geöffnet.

Freilich kann der Jurist hier einwenden, daß für die Bedeutung des Falles nur der individuelle Arbeitsvertrag in Betracht komme, der jeweils zwischen den Arbeiter und den einzelnen Arbeitgeber abgeschlossen wird. Nur ist die Sache in der Gesetzgebung, und die im Reichstag schon mehrfach angeregte gesetzliche Regelung der Tarifverträge wird diesen Punkt besonders ins Auge fassen müssen. Unseres Erachtens aber müßte schon heute eine weniger an die Paragrafen hängende und mehr dem Geist der Tarifvertragswesens Rechnung tragende Rechtsprechung zu dem Schluß kommen, daß tarifliche Arbeitsbedingungen als allgemein gültige Regel für das Gewerbe und nicht bloß für die zufällig bei Abschluß der beschriebenen Personen anzusehen sind.

Arbeiterzerplitterer und Arbeiterverräter.

Man schreibt dem „Reich“: Bei der Ausschperung in der Holzindustrie in Berlin haben sich die christlichen Holzarbeiter bekanntlich mit den freien Verbänden solidarisch erklärt. Es ist hier nicht der Ort, zu unteruchen, ob das faktisch klug und richtig war, besonders weil sofort nach Eintritt der Ausschperung sich mehrere „frei“ organisierte Mitglieder der sozialdemokratischen Wahlvereine selbständig machten und nun in „ihren“ (?) Werkstätten für ihre bisherigen, sie aber jetzt ausschpernden Arbeitgeber die dringendsten Arbeiten besorgten, damit die Arbeitgeber möglichst lange die Ausschperung ausbleiben.

Daß die „freien“ Verbände, trotz der gegenteiligen Behauptung ihres im Reichstag, sich als die „alleinberechtigten“ Arbeitervertreter nahen, auch wenn sie sich gern die Hilfe der Christlichen gefallen lassen, befindet sich der „Vorwärts“ unumwunden. Er schreibt aus Leipzig:

Der von den Unternehmern vorgelegte Tarifentwurf war schon in seinem Titel unannehmbar. Es sollten nämlich die Friedrich-Duncker'schen und christlichen Holzarbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten gelten.

Also hier gibt der „Vorwärts“ unumwunden zu, daß ein Tarifvertrag, der das Prinzip der Gleichberechtigung auch für nichtsozialdemokratische Organisationen anstellt, unannehmbar ist. Denn es ist doch wirklich gleichgültig, wieviel Mitglieder am Orte angeschlossen sind. Weiden nun die nichtsozialdemokratischen „Freie“ und die „Christlichen“ bei einer ansehender Bewegung stehen, so können sich die sozialdemokratischen Herrschaften gar nicht genug tun zu ihrem Geschrei über Streikbruch und Arbeiterverrat. In Wirklichkeit sind sie aber die Arbeiterverräter, welche durch ihre Unabhamkeit jeden Andersdenkenden zurückstoßen. Was würden die Berliner sozialdemokratisch organisierten Holzarbeiter sagen, wenn jetzt die Berliner Christlichen jagten: Da ihr in Leipzig unseren Gesinnungsgenossen die Gleichberechtigung verweigert, so könnt ihr nun auch in Berlin an unsere Mithilfe verzichten? U. A. v. g.

Der Versammlungskalender.

Rudersberg. 21. April, 6 Uhr, bei Grieben, Bergberg, große Versammlung.
Bergberg. 22. April, 11 Uhr, bei Franz Dwerfing
Bielefeld. 21. April, 6 Uhr, bei Böler.
Stend. 21. April, 11 Uhr, bei Frau Quabbling.
Sargsdorf. 21. April, 11 Uhr, bei Ferd. Kuefers, Generalversammlung.

Corschenbroich. 21. April, 6 Uhr, bei Ww. Anton Mörtges „Zum Dom“, Generalversammlung.
Cottbus. 4. Mai, 8 Uhr, bei A. Döring (Meiner Saal).
Coesfeld. 21. April, 8 Uhr, im Arbeitervereinshaus.
Dingelstädt, Ciesfeld. 27. April, 8 Uhr, im Lokale „Adnig von Preußen“.
Di. Vage. 20. April, 8 1/2 Uhr, bei Wwe. v. d. Bal.
Dülberg a. Rh. 20. April, 8 Uhr, bei Adam Rumpf.
Eisen. 28. April, 10 1/2 Uhr, bei Wilhelm Wien, Ostgaden, außerordentl. Generalversammlung.
Elsfeld. 20. April, 8 Uhr, bei Hertentrat, Klostbahn.
Embsdett. 21. April, 11 1/2 Uhr, Vertrauensmänner-Versammlung bei Witwe Laumann.
— 28. April, 11 1/2 Uhr, Generalversammlung.
Forsheim. 21. April, 8 Uhr, im Gasthaus „zum Hirschen“, öffentl. Textilarbeiter-Versammlung.
— 28. April, 12 1/2 Uhr, Bes. mit Quartalsabrechnung im Verbandstafel (Gefellenhaus).
Grevin. 21. April, 11 1/2 Uhr, bei Witwe Wininghoff.
Greifath. 21. April, 5 1/2 Uhr, bei Witwe Weel.
M.-Gladbach-Eiden. 20. April, 8 Uhr, bei Oswald Schaefer, Mathiasstr.
M.-Gladbach-Lürrip. 20. April, 8 1/2 Uhr, bei F. Mafch.
M.-Gladbach-Windberg. 21. April, 9 Uhr, bei Wilhelm Boms, Lindenstr., außerordentl. Generalversammlung.
Langenberg, Neuf. 27. April, 8 Uhr, zum Feldschützen, Generalversammlung.
Lobberich. 21. April, 11 Uhr, bei Wihl. Klättermann.
Münchensberg. 21. April, 8 Uhr, im Schützenhaus.
Neuf. 21. April, 4 Uhr, bei Hemmerden.
Odenkirchen. 21. April, 11 Uhr, im „Deutschen Ed“.
Oefflingen. 20. April, 8 Uhr, in der Siegestrone.
Nieren. 21. April, 4 Uhr, bei Rabermacher (Drieh).
Roer. 21. April, 6 Uhr, bei Gastwirt Eigo.
Stadthohn. 28. April, 8 Uhr, im Saale des katholischen Arbeitervereins, Generalversammlung.
Schiefbahn. 21. April, 10 1/2 Uhr, nach dem Hochamte, bei Heinrich Kaiser.
Säckingen a. Rh. 28. April, 3 Uhr, im Gasthaus „zum Höfle“ in Obermumpf, öffentliche Versammlung.
Siedteln. 28. April, 11 Uhr, bei Küppers.
Verlaunshöhe. 21. April, 5 Uhr, bei Jakob Kahlen.
Vort. 21. April, 11 Uhr, bei Joh. Kilders.
Waldbausen. 25. April, 8 Uhr, bei Ww. Joh. Vennarz, außerordentliche Generalversammlung.
Warendorf. 21. April, 11 Uhr, bei H. Heimann, Ostftr. — 21. April, 1/2 Uhr, bei Heint. Geuer in Freckenbockf.

Werden. Außerordentliche Generalversammlung des Konsum-Vereins für Werden und Umgegend, e. G. m. b. H. Am Sonntag, den 28. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Hermann Babenberg in Worbach, Kirchplatz 15. T.-D.: 1) Quartalsbericht, 2) Ertragwahl des Aufsichtsrates, 3) Beratung über die Einführung der Sterbeunterstützung, 4) Vortrag über das Vertrauensmännerwesen, 5) Verschiedenes. Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.
Der Ausschussrat.
(220 Mt.) J. A.: Theodor Kriebler, Vorsitzender.

Bekanntmachung!

An die Mitglieder der Ortsgruppe Eupen.

Den Mitgliedern unserer Ortsgruppe sei nochmals dringend ans Herz gelegt für eine gewissenhafte Ausführung der mit April eingeführten Bücher für Lohnhebungen Sorge zu tragen. Diese Bücher werden von den Vertrauensleuten den Mitgliedern zugestellt und sind erstere angewiesen, Aufklärung über die auszufüllenden Rubriken zu geben. Wir glauben, nicht nochmals auf die Notwendigkeit dieser Neuierung hinweisen zu brauchen, da diese in den Versammlungen zur Genüge geschehen ist. Wir erwarten bestimmt von den Kollegen und Kolleginnen, daß sie bei kommenden Lohnbüchern vorlegen können, damit die Vertreter sich nicht, wie dieses leider häufig der Fall ist, mit den nicht immer einwandfreien Lohnlisten und Angaben der Arbeitgeber begnügen und abfinden müssen.

Des Weiteren machen wir die Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie zeitig ihren Wohnungswechsel, mit genauer Angabe der neuen Wohnung, den Vertrauensleuten mitzuteilen haben, damit keine unliebhamen Unterbrechungen in der Zustellung des Organisationsvorkommens.

Bekanntmachung.

Es wird dringend gebeten, alle Sendungen, Briefe u. an die Zentralkasse genügend zu frankieren. Die neuen Abrechnungen müssen, wenn sie als Brief geschickt werden, stets mit 20 Pfg. freigemacht sein. Dieselben können auch, mit der Aufschrift „Geschäftspapiere“ versehen, mit 10 Pfg. frankiert werden; jedoch muß dann das Couvert offen gelassen werden. Damit in letzterem Fall nichts verloren geht von der Sendung, kann man dieselbe kreuzweise mit dünner Schnur versehen.
Der Zentralkassierer.

Ortsgruppe Aachen.

Den Mitgliedern zur gefl. Kenntnis, daß sich unser Bureau ab 1. Mai Poststraße 56, Gesellschaftshaus, befindet.
Der Vorstand.

Berichtigung.

In der Uebersicht über die Sterbefälle des II. Halbjahres 1906 ist im Falle Math. Gehlen-Aachen das Sterbebeleg mit 60 Mt. angegeben, es muß heißen 50 Mt.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

Wihl. Kiemann in Sassenberg.
Hch. Lennertz in Kettens.
Frau Schunk in Eupen.
Hch. Strunk in M.-Gladbach-Lürrip.
Reinhold Thomas in Forst i. L.
Nikolaus Rusbach in Hersfeld.
Ehre ihrem Andenken!

Für die Ausschperren in Emsdetten gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beträge ein:
Aus Rheine, gel. von den organisierten christl. Metallarbeitern 7.30 Mt.
M.-Gladbach-Eiden 13.80 „
Summa 21.10 „
Schon eingegangen 15768.87 „
Zusammen 15807.47 „
Düsseldorf, den 16. April 1907.
Der Zentralkassierer: Pch. Schaffrath.